

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

August 2020

MONATLICHES E-PAPER

## SOMMER-SPECIAL I

Neuer Film über  
Gefahren des Islamismus  
im Senegal

## SOMMER-SPECIAL II

Literarische Einblicke in  
die Gedankenwelt eines  
Attentäters

## SOMMER-SPECIAL III

Nigerianischer Roman  
über tragische Liebe  
zwischen Arm und Reich



# Nationale Traumata

## Sommer-Special

Rezensionen des Films „Baamum Nafi“ von Mamadou Dia und der Romane „Gun Island“ von Amitav Ghosh, „Alma“ von Jean-Marie Gustave Le Clézio, „Meine Schwester, die Serienmörderin“ von Oyinkan Braithwaite, „Khalil“ von Yasmina Khadra und „Das Weinen der Vögel“ von Chigozie Obioma | Heutzutage: Drohnen in Malawi | Impressum **4**

## Debatte

Kommentar zu den Black-Lives-Matter-Demonstrationen **13**

## Schwerpunkt: Nationale Traumata

### DARLEEN SEDA

Die Herausforderungen des Internationalen Strafgerichtshofs in Afghanistan **15**

### INTERVIEW MIT ARFA KHANUM SHERWANI

Hintergründe der antiislamischen Gewalt in Indien **17**

### RUKAMANE MAHARJAN

Aufarbeitung sexueller Gewalt im nepalesischen Bürgerkrieg **19**

### SHEILA MYSOREKAR

Bürgerrechtsgruppen fordern Gerechtigkeit für die Opfer der Militärdiktatur in Argentinien ein **21**

### ISABELLA BAUER

Uganda setzt sich in einer Ausstellung mit der Herrschaft Idi Amins auseinander **23**

### HENNING MELBER

Warum Deutschland die Landreform in Namibia unterstützen sollte **24**

### MIRIAM MODALAL UND DALILAH REUBEN-SHEMIA

Friedensarbeit trägt zur Heilung kollektiver Traumata im Libanon bei **26**

### FLORIAN GAISRUCKER

Fachliteratur: Grundsatzpapier von Weltbank und UN zur Konfliktprävention **28**

## Covid-19-Tagebuch

### KATIE CASHMAN

Im Aufschwung verbessern: Konjunkturprogramme für Klimaschutz **29**

### ALMUT SCHNERRING UND SASCHA VERLAN

Krise verdeutlicht starke Belastung von Frauen durch Pflegearbeit **30**

### RAPHAEL MWENINGUWE

Malawis neuer Präsident steht vor riesigen Aufgaben **32**

### KATHARINA MICHAELOWA UND MARTINA ZAHNO

Luftverschmutzung in Innenräumen macht Arme in Indien anfälliger für Covid-19 **33**

## Nationale Traumata

### Frieden versus Gerechtigkeit

Nach einem Konflikt können Forderungen nach strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein Hindernis für den Frieden sein. Vor diesem Problem steht der Internationale Strafgerichtshof in Afghanistan, wie die kenianische Rechtsanwältin Darleen Seda darlegt. **SEITE 15**

### Wunden der Vergangenheit Südasiens

Die indische Journalistin Arfa Khanum Sherwani erklärt im Interview Hintergründe der antiislamischen Gewalt in Indien. In Nepal war sexuelle Gewalt während des Bürgerkriegs weit verbreitet. Über ihre juristische Aufarbeitung berichtet die Juradozentin Rukamane Maharjan. **SEITEN 17, 19**

### Gemeinsames Erinnern

Rund 30 000 Menschen sind der Militärdiktatur in Argentinien in den 1970er und frühen 1980er Jahren zum Opfer gefallen. Bürgerrechtler sorgen dafür, dass sie nicht vergessen und die Täter zur Verantwortung gezogen werden, schreibt die Journalistin Sheila Mysorekar. **SEITE 21**

### Die Facetten eines Despoten

Uganda erinnert mit einer Fotoausstellung an den ehemaligen Diktator Idi Amin. Es ist der erste Versuch des Landes, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die deutsche Autorin Isabella Bauer hat die Ausstellung im National Museum in Kampala besucht. **SEITE 23**

### Unrecht wiedergutmachen

Das heutige Namibia war einst eine deutsche Kolonie und wurde später von Südafrika kontrolliert. Noch immer sind damals enteignete Gemeinschaften beim Landbesitz benachteiligt. Deutschland als ehemalige Kolonialmacht sollte die Landreform unterstützen, argumentiert der Politikwissenschaftler Henning Melber. **SEITE 24**

### Das Erbe des Krieges

Im Libanon trägt Friedensarbeit zum Heilungsprozess kollektiver Traumata des Bürgerkriegs bei. Es ist wichtig zu verstehen, wie die Vergangenheit individuelle und gesellschaftliche Identitäten prägt. Miriam Modalal vom forumZFD und die Friedensforscherin Dalilah Reuben-Shemia berichten über gemachte Erfahrungen. **SEITE 26**

## Empfundene Zusammengehörigkeit

Eine Nation ist nichts Natürliches, sondern eine menschengemachte „imaginäre Gemeinschaft“, wie Benedict Anderson das prominent formulierte. Eine Nation existiert, wenn sich ausreichend viele Menschen mit ihr identifizieren. Sie ist nicht einfach das Ergebnis einer gemeinsamen Sprache, einer bestimmten Gegend, einer verbindenden Religion oder geteilter Traditionen.

Die Schweiz ist dafür ein gutes Beispiel. Ihre Amtssprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch, das von einer sehr kleinen Minderheit gesprochen wird. Ihre Menschen leben auf verschiedenen Seiten der massivsten natürlichen Grenze, die es in Europa gibt: den Alpen. Die drei großen Sprachgemeinschaften haben kulturell große Gemeinsamkeiten mit den Nachbarländern, die den Namen ihrer jeweiligen Sprachen tragen. In der Schweiz sind knapp 40 Prozent katholisch, 30 Prozent evangelisch und 20 Prozent konfessionslos. In Europa zeichnet nicht nur besondere Vielfalt die Schweiz aus, sondern auch besondere Stabilität. Lokale Selbstverwaltung und Unabhängigkeit von Europas Großmächten prägen das nationale Selbstverständnis. Es ist also an die Verfassungsordnung gebunden.

Ein stark ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl schützt vor fragiler Staatlichkeit. Wo Menschen sich der imaginären Schicksalsgemeinschaft einer Nation zugehörig fühlen, sind Gewaltkonflikte weniger wahrscheinlich als da, wo das nicht der Fall ist, so dass Legitimitätskrisen in fürchterliches Blutvergießen ausarten können. Ein abschreckendes Beispiel in Europa war der Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren.

Konzeptionell überschneiden sich die Begriffe „Peacebuilding“, „Statebuilding“ und „Nationbuilding“. Denn die gewaltfreie Lösung von Konflikten ist dort wahrscheinlicher, wo der Staat ein Gewaltmonopol innehat und Menschen weniger geneigt sind, zu den Waffen zu greifen, wenn sie sich mit Nation und Staat identifizieren. Nach traumatischen Katastrophen wie Bürgerkrieg oder Diktatur ist alles drei wichtig: Peacebuilding, Statebuilding und Nationbuilding. Da Wechselwirkungen stark sind, ist die Frage müßig, was zuerst kommen soll. Was eine Komponente stärkt, fördert indirekt auch die beiden anderen. Wirklich wichtig ist es, alle drei möglichst schnell voranzubringen.

Wie wir in reichen Ländern sehen, können Nationen zwei Arten von Solidarität fordern – erstens die tendenziell aggressive Solidarität gegen Ausländer und andere Nationen und zweitens die defensive Sozialstaats-Solidarität, die vor Armut und Not schützt. Rechtspopulisten verbinden beides heute auf perfide Weise und behaupten, Migranten und andere Minderheiten nutzten soziale Sicherungssysteme aus, die eigentlich Angehörigen der als homogen verstandenen Nation vorbehalten sein sollten. Das Paradox dieses Narrativs ist, dass es nicht eint, sondern spaltet und zugleich Institutionen schwächt.

Traumatisierte Nationen brauchen Versöhnung, nicht Sündenböcke. Nötig sind die Anerkennung der historischen Wahrheit sowie neues Vertrauen, was Institutionen und Rechtssicherheit angeht. Derlei erfordert, dass Menschen sich sicher fühlen. Dass wirkungsvolle soziale Sicherung die Belohnung für den Erfolg einer Nation sei, ist ein Irrtum, denn soziale Sicherheit ist eben auch eine Voraussetzung für empfundene Zusammengehörigkeit. Beim Engagement in Krisenregionen sollte die internationale Staatengemeinschaft nicht nur militärisch verstandene Sicherheit anstreben. Größere soziale Sicherheit würde nämlich sowohl dem Peace- als auch dem Nationbuilding dienen.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



**HANS DEMBOWSKI**  
ist **Chefredakteur von E+Z**  
**Entwicklung und Zusammenarbeit /**  
**D+C Development and Cooperation.**  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Foto: picture alliance/AA, Sushavan Nandy/picture-alliance/NurPhoto

## Sommer-Special



### Kalkutta, New York, Venedig

Amitav Ghoshs neuer Roman „Die Inseln“ handelt von der Klimakrise. Das ist eine interessante Wahl, denn der indische Schriftsteller hatte bislang gesagt, dieses Thema eigne sich nicht für ernsthafte Literatur. Rezension von Hans Dembowski.

**SEITE 7**

### Männermordende Nigerianerin

Aus Afrika sind wir meist schwere, tragische Literatur gewohnt. Die junge nigerianische Autorin Oyinkan Braithwaite beweist in ihrem Debütroman, dass es auch anders geht: Sie hat eine witzige, kurzweilige Geschichte über eine männermordende Traumfrau und ihre Schwester geschrieben. Rezension von Sabine Balk.

**SEITE 9**

## Covid-19-Tagebuch



### Im Aufschwung verbessern

Die Internationale Energieagentur (IEA) rät Regierungen weltweit, die wegen der Covid-19-Flaute nötigen Konjunkturprogramme auch auf Klimaschutz auszurichten. Die Botschaft stimmt, urteilt Katie Cashman von der chilenischen Umweltorganisation 2811.

**SEITE 29**

A close-up, profile view of a woman with dark braided hair, wearing a silver hoop earring and a white tank top. She is holding a newspaper and looking at it intently. The background is a blurred library or study area with other people.

# Sommer-Special

Das diesjährige Sommer-Special bietet wieder einen Mix künstlerischer Werke: Die E+Z/D+C-Redaktion stellt Bücher und einen Film mit Bezug zu entwicklungspolitischen Themen vor. Wir würden uns freuen, Ihnen, unserer Leserschaft, mit unseren Empfehlungen eine Anregung zum Lesen oder Anschauen zu geben.

SOMMER-SPECIAL

# Ein Kampf um die Seele des Islams

**Noch hat der gewaltsame islamistische Fundamentalismus den Senegal verschont, aber er könnte dort genauso Einzug halten wie in Mali, Burkina Faso und Nigeria. Wie es dazu kommen kann, zeigt ein faszinierender neuer Spielfilm aus dem Senegal.**

Von Aviva Freudmann

Die Fundamentalisten kamen lautlos: Sie brachten Bargeld und Geschenke, gewannen langsam die Gunst der Bürger und verschafften sich Autorität. Dann übernahmen sie die Kontrolle. Sie unterwarfen ahnungslose Menschen, die jahrhundertlang eine sanfte Form des Islams praktiziert hatten, einer islamistischen Gewaltherrschaft.

Das ist die Haupthandlung eines fesselnden neuen Films des jungen senegalesischen Filmemachers Mamadou Dia. Der Regisseur präsentierte seinen Film „Baamum Nafi“ („Nafis Vater“) im Februar im Filmmuseum in Frankfurt und diskutierte mit dem Publikum.

Auf einer Ebene ist der Film ein Familiendrama um zwei ungleiche Brüder. Der eine ist als „der Tierno“ bekannt und führt als langjähriger Imam der Stadt die Gläubigen mit sanfter Hand. Während er sein ganzes Leben in der Stadt verbracht hat, konnte sein älterer Bruder Ousmane mit der Unterstützung des Vaters ins Ausland reisen. Dort wurde Ousmane zum Anhänger eines radikalen Fundamentalisten, der nur „der Scheich“ genannt wird. Im Auftrag des Scheichs kehrt er mit Geld und Geschenken in seine Heimatstadt zurück. Unterstützt von einer Schlägerbande erkaufte er sich in der Gemeinde seines Bruders den Einfluss des brutalen Dschihadisten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Tochter des Tierno, Nafi, und Ousmanes Sohn Tokara heiraten wollen. Die beiden Teenager sind trotz ihrer Herkunft aus traditionalistischen Familien sehr modern: Die hübsche und intelligente Nafi möchte in Dakar Medizin studieren und Ärztin werden,



**Der Regisseur Mamadou Dia im Filmmuseum in Frankfurt am Main.**

der sanfte und talentierte Tokara möchte professioneller Tänzer werden.

Die beiden Väter merken nichts vom frischen Wind, der in ihren Familien weht, so sehr sind sie mit sich selbst beschäftigt: mit Tiernos Verbitterung, weil er nicht die gleichen Chancen erhielt wie Ousmane, mit ihren Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Hochzeit ihrer Kinder gefeiert werden soll, und mit ihrem Kampf um die Kontrolle der Stadt und über die „korrekte“ Ausübung des Islams.

Der Tierno ist eindeutig der sympathischere der beiden Brüder. Aber die Stadtbewohner, geblendet von Geldgeschenken und von Auseinandersetzungen über den „wahren Islam“, die die Autorität des Tiernos untergraben sollen, bewegen sich allmählich in Ousmanes Lager.

Dann zeigt sich die dunkle Seite des islamistischen Fundamentalismus. Von den Frauen wird verlangt, sich von Kopf bis Fuß mit dem Tschador zu verhüllen. Es gibt Zwangsverheiratungen in einer Maschenzeremonie. Mädchen, die seilspringen, laufen vor religiösen Aufsehern weg, denn alles, was Spaß macht, verstößt gegen die neuen Regeln. Unverheiratete Paare, die in der Öffentlichkeit Händchen halten, gelten als Problem.

Und es kommt noch schlimmer: Ein kleiner Dieb wird hart bestraft. Man sieht ein Schwert herabfallen und kann sich die abgetrennte Hand bildlich vorstellen. Eine tolerante Stadt verwandelt sich in einen Ort der Angst – kontrolliert von korrupten, machtbesessenen Herrschern, die die Religion zur Durchsetzung einer Schreckensherrschaft missbrauchen.

Die Stadtbewohner stehen der neuen Interpretation des Islams ambivalent gegenüber. Sie wurden davon überrumpelt. Die beiden Brüder, die im Film für diese Ambivalenz stehen, debattieren darüber, was Islam eigentlich bedeutet. Ist er eine Religion der Toleranz und Nächstenliebe, wie es der Tierno versteht? Oder ist er ein strenges Regelsystem, das auf einer strikten Auslegung und strafenden Anwendung der Gebote des Koran beruht?

Der Film ist letztlich eine Tragödie. Um heiraten zu können, umgehen Nafi und Tokara mit einem Trick die islamistischen Regeln. Dieser Schachzug endet schlimm. Aber gegen Ende geht Nafi an die Universität, und viele Stadtbewohner beginnen, sich gegen die Schreckensherrschaft zu wenden.

Mamadou Dia drehte den Film in seiner Heimatstadt Matam im Nordosten des Senegals, direkt an der Grenze zu Mauretanien. Nur die beiden Brüder werden von professionellen Schauspielern verkörpert, die anderen Darsteller sind Einwohner von Matam.

Durch die Mitwirkung vieler Laien hat der Film einen dokumentarischen Charakter. Er zeigt den Alltag in einer Kleinstadt, während fiktionale Elemente eingeflochten werden, um zu zeigen, wie der gewalttätige Islamismus eine friedliche Stadt infiltrieren kann. Auf diese Weise konnte Dia – der zuvor als Journalist in ganz Afrika arbeitete – seinen ersten Spielfilm mit einem kleinen Budget produzieren.

In Frankfurt erläuterte Dia seine Beweggründe, diesen Film zu machen: „2014



Eine Kleinstadt dient als Beispiel für die friedliche Ausübung des Islams im Nordosten des Senegals.

ging ich nach New York, um Film zu studieren. Jedes Mal, wenn ich erzählte, ich sei Muslim, hatten die Leute eine bestimmte Vorstellung davon, was das ist, und ich musste erklären: ‚Nein, der Senegal ist

anders, so leben wir den Islam nicht.‘ Im säkularen Senegal ist gewalttätiger Fundamentalismus verboten. Der Islam wird in der Praxis häufig mit vorislamischen Traditionen vermischt.

Dia betonte, dass der Fundamentalismus eine Interpretation des Islams ist, die nicht unbedingt mit Gewalt einhergeht. „Es gibt eine Milliarde Muslime auf der Welt. Es gibt viele Arten von Muslimen. Im Senegal nennen wir Muslime, die Schweinefleisch essen und Alkohol trinken ‚linke Muslime‘, und es gibt noch viele andere Typen. Das eine Prozent der Muslime, die herumlaufen und Menschen töten, die sogenannten Dschihadisten, töten mehr Muslime als jede andere Religion.“

Mit Blick auf andere westafrikanische Länder sagte Dia: „Der Senegal ist nicht sicherer oder gefestigter als Mali oder Burkina Faso. Wir alle wollen an friedlichen Orten leben. Ich wollte den Menschen im Senegal sagen, dass sie nicht erst darüber sprechen sollen, wenn der Extremismus zuschlägt. Deshalb habe ich den Film gemacht: Ich wollte die Debatte in Gang bringen.“

**FILM**

**Baamum Nafi (Nafis Vater), 2019, Senegal, Regisseur: Mamadou Dia.**

Foto: Joyeidi

# GRATIS- Abonnements

**Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:**

**[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)**

**Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.**



SOMMER-SPECIAL

# Kalkutta, New York, Venedig

**Amitav Ghosh's neuer Roman „Die Inseln“ handelt von der Klimakrise. Das ist eine interessante Wahl, denn der indische Schriftsteller hatte bislang gesagt, dieses Thema eigne sich nicht für ernsthafte Literatur.**

Von Hans Dembowski

2017 veröffentlichte Ghosh den Essay „Die große Verblendung“ über die Klimakrise. Ihr schieres Ausmaß entziehe sich dem Rahmen eines Romans, war eine der Ausgangsthese (siehe meinen Blogpost vom 19.11.2018 auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)). Erstens handele es sich um ein globales Phänomen, wohingegen ein Roman an einen spezifischen Ort zu einer spezifischen Zeit gebunden sei. Zweitens bezeichnete er die Auswirkungen der globalen Erwärmung sowohl als „undenkbar“ als auch als „unvorstellbar“.

Ghosh hat sich diesen Herausforderungen nun erfolgreich gestellt. In „Die Inseln“ betrachtet er den globalen Umweltwandel aus dezidiert bengalischer Perspektive. Die ersten Kapitel spielen in Kalkutta und auf einer abgelegenen Insel im Gangesdelta, wo die Stürme zunehmen, die Küsten erodieren und Artenvielfalt schwindet. Diese ebenso schöne wie gefährliche Landschaft befindet sich in ständigem Wandel und war schon der Schauplatz eines frü-

heren Ghosh-Romans („Hunger der Gezeiten“). Einige Charaktere tauchen im neuen Buch wieder auf, aber es wird deutlich, dass das Leben im Delta noch prekärer geworden ist.

Ghosh berichtet davon, wie zwei junge Männer der Not entkommen wollen und nach Italien aufbrechen. Unterwegs schließen sich Bangladesch an, die ebenfalls Bengali sprechen. Nationale Grenzen hält Ghosh für zufällige Produkte der Geschichte.

Einer der beiden gelangt nach Venedig, einer alten, vom steigenden Meeresspiegel bedrohten Stadt. Wie überall in Italien gibt es heute auch hier eine größere Zahl von Migranten aus Bangladesch, die meist gering bezahlte Arbeit ohne jegliche Rechtssicherheit verrichten. Den zweiten Mann verschlägt es nach Ägypten, von wo aus er weiterhin versucht, nach Italien zu gelangen.

Es gibt aber auch eine andere Art von Migration. Wichtige Rollen spielen im Roman Bengalen mit Hochschulabschlüssen und US-Karrieren. Die Hauptfigur hat sich als Buchhändler auf schwer erhältliche Werke spezialisiert und in New York niedergelassen. Während eines kurzen Aufenthalts in Venedig trifft er den illegalen Migranten zufällig wieder. Die beiden kennen sich seit

einer dramatischen Begegnung im Gangesdelta, bei der ein Mensch von einer Kobra gebissen wurde und fast starb.

Ein Leitmotiv des Romans ist ein bengalisches Märchen von einem Händler, den die Schlangengöttin verfolgt. Auf der Flucht vor ihr reist er weit und erlebt viele Abenteuer. Es gibt Parallelen zur Odyssee.

Der Buchhändler hat seine Doktorarbeit über dieses Märchen geschrieben und wird am Anfang des Romans wieder darauf angesprochen. Seine Dissertation hatte ausgeführt, dass das Märchen vermutlich während der Kleinen Eiszeit des 17. Jahrhunderts entstand, als Ernteausfälle und andere Notlagen weltweit Probleme verursachten. Auch der Dreißigjährige Krieg in Deutschland kann so erklärt werden (siehe mein Beitrag in der Rubrik Monitor von E+Z/D+c e-Paper 2017/10). Im Verlauf des Romans wird dem Hauptprotagonisten klar, dass auch der Händler im Märchen in Venedig gewesen sein dürfte.

Von Kapitel zu Kapitel ähneln die Erlebnisse des Buchhändlers immer mehr denen der Märchenfigur. Ständig tauchen giftige Tiere auf; er kommt nur knapp davon. Er klammert sich an rationales Denken, wie sich das für einen akademisch geschulten Verstand gehört, aber die Bedeutung von Vorahnungen und die menschliche Fähigkeit zu übernatürlichen Erfahrungen werden ihm ständig klarer.

Die spirituelle Dimension des Romans entspricht einer weiteren Aussage des Essays von 2017. In „Die große Verblendung“ schrieb Ghosh, religiöse Führungspersonlichkeiten wie Papst Franziskus erschienen ihm mit ihren Reaktionen auf die Klimakrise überzeugender als multilaterale Abkommen oder nationale Regierungspolitik.

Trotz vieler überraschender Wendungen ist der Handlungsablauf insgesamt plausibel. Obwohl ein Todesfall das Happy End trübt, wirkt die Anspielung an religiöse Wundererzählungen am Schluss allerdings etwas zu euphorisch.

## BÜCHER

Ghosh, A., 2019: *Die Inseln*. München, Blessing (Gun island. London, John Murray, 2019).

Ghosh, A., 2017: *Die große Verblendung*. München, Blessing (The great derangement. Chicago, University Press, 2017).

Ghosh, A., 2006: *Hunger der Gezeiten*. München, Blessing (The hungry tide. London, HarperCollins, paperback, 2005).



**Bedrohte Umwelt:  
Ufer-Erosion im  
Gangesdelta.**

SOMMER-SPECIAL

## Die zerstörte Seele Mauritius'

**Der Roman „Alma“ beschreibt die Suche nach einer vergangenen Zeit, die selbst schon durch und durch nachparadiesisch war.**

Von **Katja Dombrowski**

Man muss sich die Insel Mauritius vor 500 Jahren als Paradies vorstellen. Menschen gab es keine, andere Raubtiere auch nicht: Das Land teilten Riesenschildkröten und Dodos unter sich auf, flugunfähige, etwa ein Meter große Vögel. Dann kamen die Europäer. Die Liste dessen, was sie und die von ihnen eingeschleppten Arten zerstört haben, ist lang; die Riesenschildkröte und der Riesenvogel sind Teil davon. Letzter lebte ausschließlich dort, er soll gegen Ende des 17. Jahrhunderts ausgestorben sein.

Heute ist der Dodo das Wappentier von Mauritius und Symbol für das verlorene Paradies. Kein Wunder, dass er in dem jüngsten Roman von Jean-Marie Gustave Le Clézio eine wichtige Rolle spielt: Der Protagonist Jérémie Felsen, ein französischer Wissenschaftler, reist nach Mauritius, um – vordergründig – nach den Spuren des Dodos zu suchen. In Wirklichkeit sucht er nach der Geschichte seiner Familie. Der Roman ist nach dem Gut benannt, auf dem die Familie über Generationen hinweg lebte: Alma. Auch diese Heimat wurde Opfer von Zerstörung.

Und es gibt noch einen Dodo im Buch: Es ist der Spitzname von Dominique Felsen, dem zweiten Ich-Erzähler, der aus der „missratenen Linie“ der Familie stammt. Dodo, in Alma aufgewachsen und ganz mit Mauritius verwachsen, erzählt seine eigene persönliche Geschichte, die von Krankheit, Armut und Ausgrenzung geprägt ist. Auch er begibt sich auf die Reise, aber in die andere Richtung: nach Frankreich. Die beiden Erzählungen laufen parallel nebeneinander her, Berührungspunkte ergeben sich durch die Familiengeschichte.

Es ist offensichtlich, dass Le Clézios eigene Geschichte eine große Rolle für den Roman gespielt hat. Der 80-jährige Schriftsteller, der 2008 den Literaturnobelpreis erhalten hat, hat selbst familiäre Wurzeln in Mauritius, als Kind eine Zeitlang dort gelebt und neben der französischen auch die Staatsangehörigkeit des Inselstaats. Er besucht ihn regelmäßig, und mehrere seiner Romane und Erzählungen spielen dort.



**Der ausgestorbene Dodo ist das Wappentier von Mauritius und Symbol für das verlorene Paradies.**

Aufbruch und Reise, Natur und ihr Verlust, der Vergleich verschiedener Lebenswelten, Kolonialismus und seine Folgen – viele der Themen, denen Le Clézio sich in seinen Büchern widmet, finden sich auch in diesem Alterswerk wieder.

Mauritius ist in „Alma“ einerseits Sehnsuchtsort und Gegenpol zum Leben in Europa. Andererseits ist das Paradies zerstört, woran die Familie Felsen, zumindest indirekt, eine Mitschuld trägt. Rassismus

und Ungleichheit, als Folge von Kolonialherrschaft und Sklaverei, leben in der heutigen Gesellschaft fort. Wenn die Nachkommen der weißen Plantagenbesitzer feiern, räumen die Nachkommen der afrikanischen Sklaven, die auf den Plantagen schufteten mussten, den Dreck weg. Ihre Kinder dürfen nur von jenseits des Zauns zusehen. Ein niederländischer Pilot beutet eine minderjährige Prostituierte aus, auf die Jérémie Felsen selbst ein Auge geworfen hat – das Verwerfliche ist in diesem Roman nie nur das Verhalten der anderen, der Protagonist ist Teil des Problems und sich dessen auch bewusst.

Dass die Gesellschaft nicht nur schwarz-weiß ist, sondern vielfarbig, wird bei Le Clézio ebenfalls deutlich. Da ist zum Beispiel die Figur Aditi, Nachfahrin von indischen Plantagenarbeitern, die nach Abschaffung der Sklaverei als Arbeitskräfte nach Mauritius kamen. Sicherlich aus der Not heraus, aber – immerhin ein Fortschritt – nicht unter Zwang. Heute stellen die indischstämmigen Mauritier rund zwei Drittel der Bevölkerung und dominieren Politik und Wirtschaft des Inselstaats.

Aditi nimmt ihr Leben nach einer Vergewaltigung selbst in die Hand. Sie widersetzt sich den gesellschaftlichen Konventionen und lebt im Wald, wo sie auch allein ihr Kind zur Welt bringt. Diese Naturverbundenheit, die im Gegensatz zum urbanen und von Technik bestimmten Leben in Europa steht, ist ein weiteres starkes Motiv bei Le Clézio. Doch ach, überall sprießen Einkaufszentren, Straßen und Hotels. Die Welt, die Jérémie Felsen sucht, ist dabei zu verschwinden. Am Ende der Geschichte ist klar, dass auch die verbliebenen Reste des Paradieses unweigerlich verlorengehen. Dodo landet in einem Asyl für Arme und Geisteskranke in Paris, Jérémie kehrt von seiner „Wallfahrt“ in sein altes Leben zurück. Er hat mit Mauritius abgeschlossen. Und damit ist auch die Geschichte der Familie Felsen in Mauritius zu Ende.

### BUCH

**Le Clézio, J. M. G., 2020: Alma. Kiepenheuer & Witsch, Köln. (Französisches Original von 2017)**

SOMMER-SPECIAL

# Mord, Sex und eine besondere Schwesternbeziehung

**Aus Afrika sind wir meist schwere, tragische Literatur gewohnt. Die junge nigerianische Autorin Oyinkan Braithwaite beweist in ihrem Debütroman, dass es auch anders geht: Sie hat eine witzige, kurzweilige Geschichte über eine mörderische Traumfrau und ihre Schwester geschrieben.**

Von Sabine Balk

Schon der Titel macht sofort klar, worum es geht: „Meine Schwester, die Serienmörderin“. Der Roman beginnt auch gleich in medias res. Korede wird von ihrer Schwester Ayoola an den Ort des Geschehens gerufen, die Wohnung von Ayoolas Liebhaber Femi irgendwo in Nigerias Hauptstadt Lagos. Dort hat Ayoola Femi „versehentlich“ erstochen, und Korede muss helfen. Auch wenn diese entsetzt über die Tat ihrer Schwester ist, hilft sie ihr, die Leiche zu beseitigen und den Tatort picobello zu reinigen, um alle Spuren zu beseitigen.

Die Morde einer jungen, extrem attraktiven Frau an Männern sind irrwitzig und auch ihr Umgang damit. Ayoola hat kein Schuldbewusstsein, sie behauptet auch, die Morde an ihren Liebhabern seien nicht absichtlich passiert. Die Gründe, die sie anführt, scheinen aber eher fadenscheinig. Das Setting erinnert an einen Quentin-Tarentino-Film.

Die Taten Ayoolas stehen eigentlich gar nicht so sehr im Mittelpunkt der Geschichte, sondern die Beziehung der Schwestern. Im Laufe des Buches wird immer deutlicher, wie ungleich sie sind. Ayoola, die jüngere, ist ein Sexidol, dem jeder Mann, der sie sieht, sofort verfällt. Sie hält nicht viel von Männern. Sie benutzt sie allein für ihre Zwecke, ohne dass die von ihrer Attraktivität Geblendeten etwas davon bemerken. Deshalb scheint ihr das Ermorden auch keine moralischen Bedenken zu bereiten. Wenn es Probleme (wie einen neuen Mord) gibt, ruft sie ihre ältere Schwester.

Korede ist das Gegenteil von Ayoola. Sie ist gewissenhaft, verlässlich und überlegt. Äußerlich ist sie unscheinbar, „groß und kantig“. Korede arbeitet als Schwester in einem Krankenhaus und steht kurz davor, zur Oberschwester ernannt zu werden. Sie ärgert sich über Ayoola, die ihr immer wieder Schwierigkeiten bereitet, und fühlt sich doch für sie verantwortlich.

Korede ist heimlich in den gutaussehenden Arzt Tade verliebt, der in ihr aber nichts als einen Kumpel sieht. Die Bezie-

wegkommen. Sie werden als einfältig und korrupt dargestellt. Als Korede in eine Polizeikontrolle mit ihrem Auto gerät, in dem sie die Leiche Femis transportiert hat, bekommt sie es mit der Angst zu tun. Trotzdem weiß sie aber, wie sie mit dieser Art Amtsträger umgehen muss, und verhält sich devot vor den Männern. Ihr Plan geht auf und sie kann unbehelligt weiterfahren.

Oyinkan Braithwaite, Jahrgang 1988, wurde in Lagos geboren und verbrachte ihre Kindheit in Nigeria und Britannien. Sie hat Jura und kreatives Schreiben in Surrey und London studiert und lebt seit 2012 in Lagos. Zum Hintergrund ihres Buches sagte Braithwaite dem britischen Guardian, dass sie beinahe an ihren Ansprüchen gescheitert wäre. Sie hatte sich vorgenommen, einen großen Roman zu schreiben, kam damit aber nicht voran. Um ihren 30. Geburtstag herum gab sie schließlich auf. „Ich schreibe einfach etwas für mich, das macht Spaß“,



Der Roman „Meine Schwester, die Serienmörderin“ wirft kein gutes Licht auf die nigerianische Polizei.

hung der Schwestern wird auf eine harte Probe gestellt, als Ayoola Tade kennenlernt, der ihr natürlich sofort mit Haut und Haaren verfällt.

Neben der Beziehung der Schwestern wird auch die Beziehung von Frauen und Männern beleuchtet. Zum einen gibt es die Liebhaber von Ayoola, zum anderen tauchen aber auch einige Polizisten – alles Männer – im Buch auf, die nicht gut

beschloss sie laut Guardian. Heraus kam nicht der große tiefgründige Roman, der die Welt erklärt, dafür aber ein unterhaltsamer Kriminalroman, den man gern liest. Man darf gespannt sein, was von dieser hoffnungsvollen Autorin noch kommt.

## BUCH

**Braithwaite, O., 2020: Meine Schwester, die Serienmörderin. Berlin, Blumenbar Verlag.**

SOMMER-SPECIAL

# Khalil – im Kopf eines Terroristen

Im November 2015 haben Attentate mitten im Herzen Europas die Welt erschüttert. Doch was bewegt einen jungen Menschen dazu, mit einem Sprengstoffgürtel in einen vollbesetzten Zug zu steigen, um möglichst viele unschuldige Opfer mit sich in den Tod zu reißen? Der algerische Autor Mohammed Moulessehoul, der unter dem Pseudonym Yasmina Khadra schreibt, erzählt aus der Perspektive eines Attentäters.

Von Dagmar Wolf

Jubelnde und feiernde Menschen füllen die Straßen von Paris, unter den wachsamen Augen von Sicherheitskräften strömen grölende Fußballfans ins Stade de France, die Cafés sind voll. Unterdessen fahren vier

Khalil und Driss, sein Freund aus Kindheitstagen, sind sich dessen bewusst. Sie reden über das, was gleich passieren wird. Sie sind überzeugt, das Richtige zu tun. „Zum ersten Mal in meinem Leben fühle ich mich wichtig“, sagt Khalil, als er seinen Freund zum Abschied umarmt. Dann taucht er ab zur S-Bahn-Station, quetscht sich in einen zur Feierabendzeit vollbesetzten Vorstadtzug. Umringt von Menschen tastet er nach dem Auslöser an seinem Sprengstoffgürtel und drückt den Knopf – fest entschlossen, sich in die Luft zu sprengen und möglichst viele Menschen mit sich in den Tod zu reißen.

Doch es passiert nichts. Fassungslos, fast schon panisch drückt Khalil immer wieder auf den Knopf, doch der Zündmechanismus wird nicht ausgelöst. Was nun?

Khalil, der als Sohn von Einwanderern in Molenbeek, einem Stadtteil Brüssels, lebt. Khalil verachtet das Leben seiner Eltern, die aus einem marokkanischen „Kaff“ stammen und es in seinen Augen nie zu etwas bringen werden. Er hat ein schlechtes Verhältnis zu seiner Familie, fühlt sich missverstanden, seinen Vater hasst er regelrecht. Nur seiner Zwillingsschwester Zhara ist er sehr verbunden.

Khalil landet schließlich auf der Straße. Er sieht keinen Sinn in seinem Leben, fühlt sich als Fremdkörper in der Gesellschaft, als Parasit – ein idealer Nährboden für die Ideologien extremistischer Organisationen. Khalils mangelndes Selbstwertgefühl wird von den „Brüdern“ aufgefangen, in der Moschee findet er Geborgenheit und das Gefühl, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein: „Ich irrte lange blind umher, auf der Suche nach dem richtigen Weg“, sagt Khalil, „die Brüder zeigten mir, wo es langgeht, und zum ersten Mal in meinem Leben fühle ich mich ernst genommen“.

Der Leser erlebt die Radikalisierung Khalils mit. Khadra sympathisiert nicht mit seinem Protagonisten, er verurteilt ihn aber auch nicht, obwohl er als hoher Offizier der algerischen Armee selbst gegen Islamisten gekämpft hat. Khadra sucht vielmehr den Menschen in Khalil.

Der Autor selbst sieht sein Buch als ein „Antiradikalisierungsbuch“. In einem Interview sagte er, er wünsche sich, dass es zur Pflichtlektüre an Schulen werde, damit es von möglichst vielen Jugendlichen gelesen werde. Für Khadra gibt es nichts Wertvolleres als das Leben. Diese Botschaft hofft er seinen jungen Lesern zu vermitteln, damit diese sich nicht von den verführerischen Reden der vermeintlichen Brüder blenden lassen.

Khalil verliert den Kontakt zu seiner Familie, streitet sich mit seiner Zwillingsschwester, die später bei Attentaten in Brüssel ums Leben kommt. Davon erfährt Khalil allerdings erst zufällig nach der Beerdigung. Wütend auf seine Familie und auf die Gesellschaft sitzt er an ihrem Grab und trauert.

Von den Brüdern bekommt Khalil eine zweite Chance: Die Organisation plant Attentate in Marrakesch, bei denen Khalil eine zentrale Rolle spielen soll. Wird er seine Mission diesmal in die Tat umsetzen?

## BUCH

**Khadra, Y., 2018: Khalil. Paris, Julliard. (Auf Deutsch erschienen bei Reclam, Ditzingen.)**



So wie in diesem Café am Place des Abesses haben auch am 13. November 2015 viele Menschen in den Straßen von Paris ihren Feierabend genossen.

„Brüder“ aus dem belgischen Molenbeek zu ihrem Einsatzort. Einer der jungen Attentäter ist Khalil, der Protagonist des Romans. Zwei der „Brüder“, die Khalil nicht kennt, steigen am Stade de France aus dem Auto und mischen sich unter die Menschenmenge. In wenigen Minuten wird die Welt in der französischen Hauptstadt eine andere sein: Offenheit, Lebensfreude und die Leichtigkeit des Seins werden Angst, Misstrauen und Verslossenheit weichen.

Gemeinsam mit Driss war er wochenlang auf diese Mission vorbereitet worden, ein Scheitern war nicht vorgesehen.

Hilflos irrt Khalil durch Paris. Verzweiflung und Selbstzweifel plagen ihn. Es gelingt ihm schließlich, nach Molenbeek zurückzukehren, er versucht Kontakt mit den Brüdern aufzunehmen, um ihnen klarzumachen, dass nicht er versagt hat.

Durch die Ich-Erzählung führt Khadra uns in die Gedankenwelt des 23-jährigen

SOMMER-SPECIAL

## Abstieg in die Hölle

**Auch der zweite Roman „Das Weinen der Vögel“ des nigerianischen Autors Chigozie Obioma wurde international gefeiert. Obiomas Roman erzählt die Liebesgeschichte zwischen dem ungebildeten Chinonso und einer Tochter der nigerianischen Oberschicht. Um eine unbeschwertere Sommerlektüre handelt es sich aber nicht. Vielmehr ebnet die Liebe den Weg in Chinonsos Abstieg.**

Von Linda Engel

Die Handlung hat märchenhafte Züge: Einfacher Geflügelzüchter bewahrt Tochter aus reichem Hause vor dem Sprung von der Brücke, und die beiden verlieben sich. Aber schnell wird klar, dass dieser Roman eben kein Märchen ist. Der Leser schaut dem Niedergang des Bauern Chinonso zu, der sein Leben für die Geliebte aufgibt. Das Weiterlesen ist stellenweise schmerzhaft, und doch kann man das Buch nur schwer aus der Hand legen.

Aber von vorn. Schnell ist klar, dass die Familie der Geliebten namens Ndali die Liebe zwischen ihr und dem ungebildeten Chinonso nicht akzeptiert. Letzterer lebt von der Hühnerzucht und etwas Landwirtschaft. Dies ist auch im Jahr 2007, in dem das Buch spielt, für die nigerianische Oberschicht inakzeptabel. Chinonso wird nicht nur verhöhnt und verlacht, sondern ernsthaft bedroht. Als Ausweg will Chinonso in der Türkischen Republik Nordzypren studieren. Ein alter Schulfreund unterstützt ihn – scheinbar selbstlos – bei den Vorbereitungen dazu. Chinonso verkauft alles, den Familienbesitz mitsamt Haus und Hühnern, bevor er seine Geliebte auch nur in die Pläne einweiht. Er will als gebildeter Mann mit besten Jobaussichten nach Nigeria zurückkommen.

Bereits im Flugzeug wird Chinonso klar, dass irgendetwas faul ist, als er auf Landsleute trifft, die wenig rosig von Nordzypren erzählen, das sein Schulfreund ihm als gelobtes Land verkauft hat. Bereits bei der Zwischenlandung in Istanbul ist sein Freund nicht mehr zu erreichen, und mit

ihm ist ein Großteil von Chinonsos Geld weg.

Bei „Das Weinen der Vögel“ handelt es sich um Obiomas zweites Buch, das, wie schon sein Debütroman, für den Booker Prize, den wichtigsten britischen Literaturpreis, nominiert wurde (siehe Sabine Balk im Sommer-Special des E+Z/D+C e-Papers 2019/08). Es ist inspiriert von wahren Begebenheiten, denn Obioma selbst studierte in Nordzypren und lernte viele Landsleute



Hühner sind die besten Freunde des Protagonisten Chinonso.

kennen, die einen Teil ihres Geldes an Mitlsmänner verloren hatten.

Das verheißungsvolle Europa wird für Chinonso zum Alptraum. Der junge Mann ohne große Ambitionen, der nur mit der Frau seines Lebens zusammen sein wollte, wird zum gebrochenen Mann, gestrandet in einem ihm feindlich gesinnten Land.

Chinonso geht es ein bisschen wie seinen Vögeln, den hilflosen Haushühnern, für die er sich bereits als kleiner Junge begeistert hat. Zusammen mit vielen anderen Gestrandeten gehört er zu den „Minderheiten dieser Welt, deren einzige Zuflucht darin

bestand, sich diesem universellen Orchester anzuschließen, in dem es nur noch zu weinen und zu klagen gab“.

Das Buch zeigt den Protagonisten an vielen Stellen sprachlos und in sein Schicksal ergeben, was den Leser stellenweise wütend macht. Als Chinonso merkt, dass er betrogen worden ist, weicht er seine Geliebte nicht ein, bittet nicht um Hilfe. Er schämt sich und versucht, seine Probleme allein zu bewältigen. Ein Fehler, wie sich herausstellt, denn bald sind alle Kontaktwege zu Ndali verstellt.

Das kann auch sein „Chi“, eine Art Schutzgeist, nicht verhindern, aus dessen Perspektive die Geschichte erzählt wird. In der Igbo-Kultur, der der Protagonist angehört, hat jeder Mensch ein Chi. Über den Chi die Geschichte zu erfahren, ist manch-

mal vergnüglich, manchmal jedoch sind die Ausflüge in die jenseitige Welt für den Leser anstrengend, vor allem mit wenig Kenntnis von Igbo-Sprache und -Kultur.

Die Erzählperspektive macht bereits zu Beginn klar, dass die Dinge sich kaum zum Besseren wenden werden. Neigt man tendenziell zu Weltschmerz und wenig Optimismus, ist dieses Buch gutes Futter für die eigene Weltsicht.

### BUCH

Obioma, C., 2019: *Das Weinen der Vögel*. München, Piper.

## Hilfe aus der Luft

Malawi entwickelt sich zum Exzellenzzentrum für Drohnen – unbemannte Flugzeuge, die zum Beispiel Klimadaten sammeln, Fotos machen oder Waren ausliefern können.

In diesem Jahr hat in Malawi ein Trainingszentrum für die Entwicklung von Drohnen-Technologie und die Auswertung und Präsentation der gesammelten Daten eröffnet. Das Zentrum, die African Drone and Data Academy (ADDA), wird vom UN-Kinderhilfswerk Unicef und Hilfsorganisationen verschiedener Länder unterstützt.

Außerdem hat Malawi einen Korridor eingerichtet, um Drohnenflüge für humanitäre Zwecke zu testen. Er befindet sich in der Nähe des Flughafens Kasungu im Zentrum des Landes. Die Drohnen fliegen dort in bis zu 400 Meter Höhe. Unicef berichtet, dass die Drohne eines Schülers dort 17 Kilometer am Stück zurückgelegt hat.

Eins der Ziele besteht darin, dringende Fracht wie Laborproben oder medizinische Notfallartikel schnell an jeden Ort im Land – und eines Tages in ganz

Afrika – transportieren zu können. Heute sind viele abgelegene Gebiete auf die sehr viel langsamere Lieferung per Lkw oder Boot angewiesen.

Drohnen können zudem Datensammeln, die Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Dürren vorbeugen helfen. Oder sie spüren Orte auf, an denen besonders viele Mücken brüten, so dass die Behörden dort gezielt gegen Malaria und andere von Moskitos übertragene Krankheiten vorgehen können.

ADDA trage zu diesen Zielen bei, indem es auf „den Mangel an Kenntnissen in Bezug auf Drohnen- und Datentechnologien in Malawi und auf dem afrikanischen Kontinent“ reagiere, sagt Unicef-Sprecherin Rebecca Phwitiko. Die Entwicklung von Drohnentechnologie für humanitäre Zwecke passe gut zu Unicefs Ziel, die Lebensumstände von Kindern zu verbessern. „Wir wollen Technologien voranbringen, die Dienstleistungen besser für abgelegene Gemeinschaften zugänglich machen“, erklärt sie. „Dazu gehören neue Produkte und Anwendungen, die das Wachstum, die Entwicklung, die Bildung und den Schutz von Kindern fördern.“

ADDA bildet Afrikanerinnen und Afrikaner zwischen 18 und 24 Jahren aus, die gut Englisch sprechen und eine Universitätsausbildung in einem einschlägigen Fach oder entsprechende Berufserfahrung haben. Der erste Jahrgang hat seine Zertifikate bereits bekommen. Die Absolventen können ihre Fähigkeiten nun in ihren Heimatländern einbringen. Darunter sind neben Malawi beispielsweise Uganda und Tansania, Botswana und Sierra Leone, Äthiopien und die DR Kongo.

In all diesen Ländern beeinträchtigen schlechte Verkehrsverbindungen zum Teil die Lieferung dringend benötigter medizinischer Ausrüstung und Medikamente. Das gilt vor allem für arme und abgelegene Gegenden. Mit Hilfe der in Malawi entwickelten Drohnentechnologie und -ausbildung könnte die Hilfe dort bald aus der Luft kommen.



**RAPHAEL MWENINGUWE**  
ist freier Autor in Malawi.

[raphael.mweninguwe@hotmail.com](mailto:raphael.mweninguwe@hotmail.com)

## IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT  
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 31.8.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsiniciativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ERBE DES KOLONIALISMUS

## Wenn Sicherheitskräfte versagen

**König Philippe von Belgien hat tiefstes Bedauern über Gewaltverbrechen der Kolonialzeit im Kongobecken ausgedrückt. Ein Gremium der Universität Oxford hat dafür gestimmt, die Statue des Imperialisten Cecil Rhodes zu entfernen. Der Landtag von Mississippi hat beschlossen, die Symbole der Sklaverei verteidigenden Konföderation aus der Staatsflagge zu tilgen.**

Von Hans Dembowski

Weltweit wird das Erbe von Kolonialismus und Sklavenhandel neu betrachtet, seit Polizisten in Minneapolis den Afroamerikaner George Floyd töteten. Proteste dort weiteten sich schnell über ganz Nordamerika und dann rund um den Globus aus.

Ich denke, US-Präsident Donald Trumps bornierte Haltung hat der Bewegung Black Lives Matter (BLM – schwarze Leben sind wichtig) zusätzlich Schwung verliehen. Er setzt Demonstranten mit Gewalttätern gleich, bezeichnet Gegner als Terroristen und droht, mit dem Militär für Ruhe zu sorgen. Andererseits interessiert er sich nicht für das Kopfgeld, das Russland für die Tötung amerikanischer Soldaten zahlt,

und lehnt jegliche Verantwortung für die Eindämmung von Covid-19 ab. Diese Krankheit trifft benachteiligte Menschen besonders hart – also auch viele Schwarze.

Laut Meinungsumfragen unterstützen fast zwei Drittel der US-Bevölkerung BLM. Trump hat dazu beigetragen. Bemerkenswerterweise richten sich die internationalen Proteste nicht gegen die USA. Viele Menschen ärgern sich über Polizeigewalt und Rassismus im eigenen Land, wo viele Symptome ähnlich oder vielleicht noch schlimmer sind.

Oft heißt es, in den USA habe sich seit der Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre nichts geändert. Das stimmt nicht. Ich habe als Kind in den USA gelebt und erinnere mich daran, dass es in den 60er Jahren eine bemerkenswerte Ausnahme war, dass der Bürgermeister der kleinen Stadt Gary in Indiana ein – wie es damals hieß – „Negro“ war. Heute ist das nichts Besonderes mehr, denn viele US-Metropolen haben oder hatten schwarze Bürgermeister. Es herrscht kein Mangel an Afroamerikanern in Führungspositionen, obwohl sie weiterhin unterrepräsentiert sind. Es hat sich einiges geändert – aber noch längst nicht genug. Im

Schnitt sind Schwarze in den USA immer noch ärmer, haben schlechtere Chancen und erleiden eher Polizeigewalt.

Das Gespür für Rassismus ist indessen dort sehr viel feiner ausgeprägt als beispielsweise in Deutschland, wo viele immer noch nicht wahrhaben wollen, dass Institutionen Migranten systematisch benachteiligen. Wer hinschaut, weiß, dass dem so ist. Die Terroranschläge der NSU-Neonazis wurden erst türkischen Gangs angelastet und konnten dann wegen der Verstrickungen des Verfassungsschutzes in das Umfeld der Täter nicht komplett aufgeklärt werden. Migrantenkinder tun sich laut OECD im deutschen Schulsystem besonders schwer – und die betroffenen Jugendlichen berichten, sie fühlten sich von der Polizei diskriminiert.

Leider gibt es unakzeptable soziale Gräben nicht nur in Ländern mit hohem Einkommen. Vorurteile, Gruppendenken und Ausgrenzung prägen auch viele andere Länder. Vor einigen Jahren erzählte mir eine Praktikantin mit kenianischem Vater, dass ein Luo – Barack Obama – in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, wohingegen einem anderen Luo – Raila Odinga – in Kenia der Wahlerfolg gestohlen wurde.

Teile-und-herrsche-Strategien, die auf Identitätspolitik aufbauen, gehen oft auf die Kolonialzeit zurück. Zu Recht wirft die indische Autorin Paroma Soni Landsleuten Heuchelei vor, wenn sie sich mit BLM solidarisieren, aber zu Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen religiöser Minderheiten und niedriger Kasten durch staatliche Sicherheitskräfte im eigenen Land schweigen.

Die Polizei ist in den USA oft brutaler als in Europa, aber in vielen Entwicklungsländern ist die Lage noch schlimmer. Amtlichen Angaben zufolge töteten kenianische Polizisten bei der Durchsetzung von Covid-19-Einschränkungen bis Anfang Juni 15 Menschen. Dabei hat Stammesdünkel wohl keine Rolle gespielt, aber ein dortiger Kollege sagt mir, die Polizei gehe wie zu Zeiten der Kolonialherrschaft mit großer Härte gegen arme Menschen vor. Mich bedrücken jedenfalls Fotos von Protestierenden in Nairobi. Sie ahmen Demonstranten in den USA nach, indem sie ein Knie auf den Boden setzen und die Faust in die Luft strecken. Auf eine Weise, die Trump sicherlich nicht gefällt, setzt zivilgesellschaftliches Engagement in seinem Land weltweit Maßstäbe.



Protest gegen Polizeigewalt in Nairobi.

In Argentinien sorgen die Abuelas de Plaza de Mayo dafür, dass Diktatoropfer nicht vergessen werden.



## Nationale Traumata

Gescheiterte Staaten, fragile Staatlichkeit und diktatorische Herrschaft sind immense Entwicklungshindernisse. Wo Regierungsführung ganz fehlt oder schlecht ist, geben rücksichtslose Interessengruppen den Ton an. Nach soziopolitischen Katastrophen müssen gesellschaftliche Wunden behandelt werden, wenn ein Neustart nachhaltig Erfolg haben soll. Die friedliche Entwick-

lung jedes einzelnen Landes ist für die gesamte Staatengemeinschaft wichtig.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.



Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF

## Frieden versus Gerechtigkeit

In Friedenszeiten gehen Frieden und Gerechtigkeit normalerweise Hand in Hand. Nach einem Konflikt geraten sie jedoch oft in ein Ungleichgewicht. Dann können Forderungen nach strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein Hindernis für den Frieden sein.

Von Darleen Seda

Der Widerspruch zwischen Frieden und Gerechtigkeit ist in der Konfliktbearbeitung bekannt. Beim Aushandeln von Friedensabkommen geht es meist nicht nur um Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung, sondern auch um die Vergeltung grausamer Verbrechen.

Für die strafrechtliche Verantwortung internationaler Verbrechen gibt es verschiedene Optionen:

- nationale Strafverfolgung, wenn Staaten Verstöße gegen das Völkerrecht nach innerstaatlichem Recht verfolgen,
- hybride Gerichte aus nationalen und internationalen Gerichten, die in der Regel in dem Gerichtsbezirk aktiv werden, in dem die Verbrechen begangen wurden,
- internationale Gerichte wie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), dessen

Auftrag darin besteht, Täter internationaler Verbrechen nach dem Völkerrecht individuell zur Verantwortung zu ziehen.

Obwohl der IStGH ein klares Mandat hat, räumt sein Gründungsdokument, das Römische Statut, der Anklageseite einen großen Ermessensspielraum ein: Sie kann sich gegen die Einleitung einer Untersuchung entscheiden, wenn sie nach Abwägung der Schwere des Verbrechens und der Interessen der Opfer befindet, dass dies nicht im Sinne der Gerechtigkeit wäre. Aber was bedeutet das für die Menschen, die mit diesen Verbrechen konfrontiert waren oder sind? Sollte dieser Absatz großzügiger ausgelegt werden, um auch die Interessen des Friedens einzubeziehen?

Nach der Präambel des Römischen Statuts darf dem Friedensprozess nicht Vorrang eingeräumt werden, wenn ein Staat nicht willens oder nicht in der Lage ist, internationale Verbrechen zu untersuchen oder zu verfolgen. Denn der IStGH hat die Aufgabe, die Verfolgung „der schwersten Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft beschäftigen“, zu gewährleisten, um „der Straflosigkeit für die Täter dieser Verbrechen ein Ende zu setzen und so zur Ver-

hütung solcher Verbrechen beizutragen“. Würde sich das Gericht politischen Verhandlungen oder Friedensprozessen unterwerfen, würde es entgegen seiner eigenen Verpflichtung handeln – und womöglich versäumen, schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

### NICHT GEAHNDETE VERBRECHEN

In Afghanistan ist die Frage der Gerechtigkeit und des Umgangs mit vergangenen Gräueltaten nach wie vor unbeantwortet. In dem Land herrscht seit Jahrzehnten Bürgerkrieg. Tausende von Zivilisten waren und sind Opfer grausamer Verbrechen, von denen einige in die Zuständigkeit des IStGH fallen. Laut einem Bericht der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) vom Dezember 2019 gab es in den vergangenen zehn Jahren „mehr als 100 000 zivile Todesopfer“. In den vergangenen 40 Jahren hat die Zahl mit Sicherheit die Millionengrenze überschritten. Berichten zufolge ist sexuelle Gewalt weit verbreitet, aber aufgrund der mangelnden Dokumentation geschlechtsspezifischer und sexueller Verbrechen wurden zahlreiche Fälle nicht strafrechtlich verfolgt. Das hat eine allgegenwärtige Kultur der Leugnung gefördert.

„Frieden zuerst, Gerechtigkeit später“: Dieses Prinzip leitete bisher das Handeln der afghanischen Behörden und der internationalen Gemeinschaft. Dies ermutigte zu noch mehr Gewalt und förderte einen Zu-

stand der Straflosigkeit. Während versucht wurde, Menschenrechtsverletzungen durch eine Übergangsgerechtigkeit aufzuarbeiten, erlebte Afghanistan weitere Konfliktzyklen. Die Bemühungen um eine nationale Strafverfolgung waren bestenfalls ineffizient. In den seltenen Fällen, in denen die afghanische Regierung tätig wurde, mangelte es den Ermittlungen an Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und ausreichenden Kapazitäten.

Im November 2017 beantragte die Chefanklägerin des IstGH bei der Vorverfahrenskammer des Gerichtshofs die Einleitung einer Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Afghanistan. Nach dem Statut ist der IstGH für Verbrechen zuständig, die auf dem Territorium eines Mitgliedsstaates begangen wurden, unabhängig von der Nationalität der Angeklagten. Die Ermittlungen in Afghanistan richten sich auch gegen US-Staatsangehörige, insbesondere gegen die US-Streitkräfte und Mitarbeiter des Geheimdienstes CIA. Im April 2019 lehnte die Vorverfahrenskammer den Antrag der An-

klage ab und entschied, dass eine Untersuchung in Afghanistan nicht im Interesse der Gerechtigkeit sei.

Es war das erste Mal, dass sich das Gericht dieses Arguments bediente. Die Vorverfahrenskammer kam zu dem Schluss, dass die Einleitung einer Untersuchung unrealistische Erwartungen bei den Opfern wecken und Ressentiments gegenüber dem Gericht verstärken würde. Sie verwies auf begrenzte Erfolgsaussichten aufgrund von Faktoren wie „Unbeständigkeit des politischen Klimas“ und der wahrscheinlich mangelnden Kooperationsbereitschaft der beteiligten Länder. Wäre dieses Argument allgemein akzeptiert, würden wohl nirgends Untersuchungen eingeleitet.

Die Anklage legte Berufung ein und hatte Erfolg: Die Berufungskammer hob die problematische Entscheidung der Vorverfahrenskammer auf und ermächtigte die Anklage, seit Mai 2003 begangene mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afghanistan zu untersuchen. Völkerrechtsanwälte und

Menschenrechtsaktivisten begrüßten das Urteil als Hoffnungsschimmer für die Opfer des Konflikts. Das Urteil bekräftigte die wesentliche Aufgabe des Gerichtshofs, Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auch wenn alle anderen Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung vergeblich sind.

Die Entscheidung der Berufungskammer sollte nicht als Hindernis für die laufenden innerafghanischen Friedensgespräche angesehen werden. Forderungen nach strafrechtlicher Rechenschaftspflicht sollten niemals laufende Friedensbemühungen behindern. Eine mangelnde Rechenschaftspflicht für schwere internationale Verbrechen kann die Bemühungen um Frieden erst recht nachhaltig beeinträchtigen.



**DARLEEN SEDA**  
ist eine kenianische Rechtsanwältin, die sich auf Menschenrechte und internationales Strafrecht

spezialisiert hat.  
darleen.seda@gmail.com



Werden Sie unser Fan auf Facebook!



WIEDERKEHRENDES TRAUMA

# Gefühle historischer Demütigung

**Die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh markierte 1992 einen Wendepunkt in der Geschichte des unabhängigen Indiens. Am 6. Dezember rissen sie fanatische Hindus nieder, um Platz für einen Rama-Tempel zu schaffen. Sie behaupteten, solch ein Tempel sei dort während der Mogulen-Herrschaft im frühen 16. Jahrhundert abgerissen worden, um Platz für die Moschee zu schaffen. Das wollten sie rückgängig machen. Arfa Khanum Sherwani kommt aus einer anderen Gegend von Uttar Pradesh und war dort von der antiislamischen Gewalt betroffen, die ganz Indien erschütterte.**

**Arfa Khanum Sherwani im Interview mit Hans Dembowski**

**Was haben Sie am 6. Dezember 1992 erlebt?**

Ich war zwölf Jahre alt und habe mit Glück überlebt. Meine Familie ist muslimisch. Wegen steigender Spannungen waren viele unserer muslimischen Nachbarn bereits geflohen, aber mein Vater glaubte an die säkulare Staatsordnung. Erst zu Beginn der Krawalle begriff er, dass wir abhauen mussten. Ich trug ein Baby – meinen kleinen Bruder – und wurde von meiner Familie getrennt. Mit ihr wiedervereint wurden wir erst Stunden später in einem sicheren Flüchtlingslager. Diese Schreckensnacht überschattet mein ganzes Leben.

**Es gab indienweit Krawalle. Es müssen viele Muslime ähnliche Erfahrungen gemacht haben.**

Ja, ich habe einen Artikel mit Erinnerungen daran veröffentlicht, und bekam dann viele E-Mails, in der andere mir ihre Erlebnisse schilderten. Auch in Pakistan und Bangladesch tobte Gewalt, aber dort wurden Hindus, Sikhs und andere Minderheiten angegriffen. Bis dahin hatten indische Muslime der Verfassung, die religiöse Diskriminierung verbietet, Vertrauen geschenkt. Wir glaubten, Indien sei auf dem Weg zur Entwicklung und Wohlstand. Seither wissen wir, dass Hindu-Chauvinisten eine ganz an-

dere Vision von Indien als Land für Hindus haben und gewaltbereit sind.

**Vor Ayodhya gab es das Trauma der Teilung. 1947 endete die Kolonialherrschaft, und Britisch-Indien wurde in Indien und Pakistan aufgeteilt. Es gab Massenflucht und grausame Massaker auf beiden Seiten. Setzte sich das 1992 fort?**

Die Probleme sind noch älter, denn religiöse Differenzen bremsten in den 1920er und 30er Jahren die Unabhängigkeitsbewegung. Nach dem Motto „Teile und herrsche“ hetzten die Briten die großen Religionsgemeinschaften gegeneinander auf. Trotzdem glaubten indische Muslime, die Identitätsfrage sei abschließend geklärt, denn sie hatten sich bewusst für Indien entschieden – auch weil Jawaharlal Nehru, der erste Premierminister, einen säkularen Neustart versprach.

**Auch nach 1992 gab es Gewalt – zum Beispiel 2002 in Gujarat, wo damals Narendra Modi Ministerpräsident war. Heute ist er Premierminister. 2002 lancierten Hindu-Chauvinisten das Pogrom, nachdem hin-**

**duistische Pilger in einem brennenden Zug umgekommen waren, was die Fanatiker „muslimischen Brandstifter“ vorwarfen.**

Trotz dieser Grauen dachten wir, die Dinge würden sich langfristig zum Besseren wenden. Staatsinstitutionen befürworteten grundsätzlich weiterhin Säkularismus. Es gab zwar Misstrauen zwischen Moslems und Hindus, aber auf der lokalen Ebene lebten sie friedlich zusammen. Das ist vielerorts immer noch so, aber seit Modi Premierminister ist, wird es immer schwieriger. Seine Partei, die BJP, gehört zum Netzwerk hindu-chauvinistischer Organisationen um den RSS. Der RSS ist eine autoritäre Kaderorganisation, deren Ideologie zufolge Indien eine Hindu-Nation sein muss. Modi ist RSS-Mitglied. Seine Regierung verfolgt eine harte Linie, und zwar seit der Wiederwahl 2019 noch offener und aggressiver. Die BJP gewann zwar nicht einmal 40 Prozent der Stimmen, aber eine absolute Parlamentsmehrheit, weil ihre Kandidaten in vielen Wahlkreisen vorn lagen.

**Modi beansprucht, Indien stark zu machen, aber er bringt dem Land nicht mehr Ansehen. Tatsächlich nimmt der internationale Einfluss von Regierungen ab, wenn sie mit dem Motto „Mein Land zuerst“ arbeiten. Das gilt auch für Donald Trump und die USA.**

Die breite Öffentlichkeit in Indien hat kein tiefes Verständnis internationaler Beziehungen. Unser Land ist riesig. Nur wenige



Abriss der Babri-Moschee 1992.

Menschen sind gut gebildet. Das jeweils dominante Narrativ trägt das Denken der Leute. Slogans von „nationaler Stärke“ kommen bei erschreckend vielen Menschen an, denen nicht bewusst ist, wie die Chauvinisten die Religion neu definieren. Historisch prägen den Hinduismus Toleranz, Gewaltlosigkeit und Synkretismus, also die Akzeptanz anderer religiöser Praktiken und Glaubenssysteme als spirituell wertvoll. Die Hindu-Chauvinisten machen die Religion aber zu einem Instrument der Ausgrenzung.

**Sehnen sie sich wegen der kolonialen Vergangenheit danach, Minderwertigkeitsgefühle durch Machtausübung zu kompensieren?**

Ich denke, das spielt eine Rolle, aber faszinierenderweise bezeichnen sie das britische Empire nie als „christlich“. Das Mogul-Reich nennen sie dagegen muslimisch. Das beeinflusst das Denken der Menschen.

**Spielt es keine Rolle, dass Indien nie ein einheitlicher Hindu-Staat war? Das Ashoka-Reich war buddhistisch. Später gab es viele verschiedene Königreiche, deren Herrscher verschiedenen Glaubensrichtungen angehörten – darunter diverse Ausprägungen des Hinduismus. Tatsächlich ist „Hinduismus“ ein Begriff, mit dem Außenstehende sämtliche Religionen zusammenfassten, die irgendwie mit den Veden, den heiligen brahmanischen Schriften, zu tun hatten. Viele hinduistische Gebräuche und Traditionen haben aber nur einen lockeren Bezug zur Vedanta, der vedischen Lehre.**

Leider interessieren sich Hindu-Chauvinisten sehr viel mehr für Hindutva, die Dominanz des Hinduismus, als für Vedanta. Sie bezeichnen alle, die ihr widersprechen, als „antinational“. Beklemmenderweise kommt das heute selbst bei manchen Angehörigen der untersten Kasten an. Hindutva-Agitation kultiviert Gefühle historischer Demütigungen und Benachteiligung und verspricht, diese Wunden zu heilen. Es mag jeglicher Logik widersprechen, aber heutige Muslime sollen dafür haften, was Mogul-Kaiser vor vielen Jahrhunderten taten oder auch nicht taten.

**Rachegeleüste helfen bei der Lösung aktueller Probleme wenig. Modi hat mehrfach Wirtschaftsreformen versprochen, kommt aber damit kaum voran.**

Das stimmt. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt, seit er an der Macht ist. Er hat Millionen neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt, aber nicht geliefert. Es gelang ihm trotzdem, wiedergewählt zu werden, wobei ihm die schwache Opposition, die keine glaubwürdige Alternative anbot, half.

**Im vergangenen Winter gab es plötzlich ungewöhnlich breiten zivilgesellschaftlichen Protest gegen ihn. Massenhaft sprachen sich die Leute gegen ein neues Staatsbürgerrecht aus, das gegen Moslems diskriminiert. In welchem Maß war das eine muslimische Bewegung?**

Die kritische Masse stellten Moslems, aber es machten auch viele andere mit – und zwar auch Hindus, die eine säkulare Demokratie wollen. Tatsächlich liegt es im Interesse aller indischen Minderheiten, die Verfassung zu schützen. Hindutva-Aggressionen richteten sich aber besonders gegen Moslems. Sehr enttäuschend war zudem, dass Indiens unabhängiger Supreme Court im Herbst entschied, dass tatsächlich ein Hindu-Tempel am Standort der Babri-Moschee gebaut werden soll. Der Rechtsstreit hing davor jahrzehntelang in der Schwebe. Das schockierende Urteil zeigte, dass mittlerweile auch Richter sich davon beeinflussen lassen, was sie „Kollektivbewusstsein“ nennen. Damit meinen sie vielleicht die Stimmung in der größten Bevölkerungsgruppe.

**Die Covid-19-Pandemie setzte der oppositionellen Bewegung ein Ende, denn Demonstrationen und Protestlager wurde wegen der Ausgangssperre unmöglich. Kann die Bewegung wieder auferstehen?**

Ich habe da Zweifel. Die Modi-Regierung und ihre Unterstützer haben im Lockdown ihre Machtposition ausgebaut. In den Medien ist ein wirkungsmächtiges Narrativ geschaffen worden, dem zufolge die islamische Gemeinschaft absichtlich das Virus verbreitet hat. Die Zeit wurde auch genutzt, um Führungspersonen des zivilgesellschaftlichen Protests zu verhaften. Bezeichnenderweise gab es aber keine Schritte gegen prominente Hindu-Chauvinisten, die sich kurz vor den tödlichen Krawallen Ende Februar in Delhi mit antimuslimischer Hassrhetorik profiliert hatten.

**Die meisten Opfer waren Moslems. Moscheen wurden in Brand gesetzt, aber keine Tempel. Dennoch behaupten Hindu-Chauvi-**

**nisten, Moslems hätten die Krawalle gestartet, die im Rückblick einem antiislamischen Pogrom gleichen. Der prominente Indienkennner und Politikwissenschaftler Paul R. Brass argumentiert seit Jahrzehnten, dass derartige Gewalt nicht spontan entsteht. War es ein organisiertes Pogrom?**

Ich selbst kann das nicht beweisen. Die Delhi Minorities Commission urteilte aber, die Gewalt sei „einseitig und gut geplant“ gewesen. Diese Kommission untersteht der Landesregierung von Delhi, welche nicht



Randalierer 2002 in Gujarat.

von der BJP kontrolliert ist. Bemerkenswert finde ich auch, dass die Randalierer mit Gaszylindern Gebäude in Brand steckten. Das ist nicht leicht und zeigt, dass die Täter gut ausgerüstet und technisch versiert waren. Erschreckenderweise erwies sich aber der Covid-19-Lockdown als noch wirkungsvolleres Repressionsinstrument. Die schreckliche Wahrheit ist, dass manche indischen Hindus in gewissem Maß die Botschaft akzeptiert haben, dass sie Moslems leiden sehen müssen, um sich selbst stark zu fühlen.



**ARFA KHANUM SHERWANI** ist leitende Redakteurin der unabhängigen Website **TheWire**.

Twitter: @khanumarfa

TheWire: <https://thewire.in/>



Frauen fordern ihre Rechte ein: Demonstration am 8. Mai 2020, dem Internationalen Frauentag, in Kathmandu.

SEXUELLE GEWALT

## Gerechtigkeit für die Opfer

In Nepal wurde die im Bürgerkrieg verübte sexuelle Gewalt nur unzureichend aufgearbeitet. Und auch in der heutigen Gesellschaft werden Täter nicht adäquat bestraft und Opfer diskriminiert. Der Staat muss dringend seine Gesetze überarbeiten. Nur so können Inklusion und Gleichberechtigung erreicht werden, die in der Verfassung von 2015 verankert sind.

Von Rukamanee Maharjan

Im Mai 2019 hat der UN-Menschenrechtsausschuss (Human Rights Committee – HRC) Nepal aufgefordert, seine Gesetze bezüglich Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt den internationalen Standards anzupassen. Außerdem soll den Opfern der Zugang zur Justiz erleichtert werden. Zugleich forderte das HRC Nepal auf, den konkreten Fall von Fulmati Nyaya (Pseudonym) zu untersuchen, einer indigenen Frau, die angibt, im Alter von 14 Jahren Vergewaltigung, Folter und Zwangsarbeit erlitten zu haben. Die Vorfälle geschahen in der Zeit des gewaltsamen Konflikts zwi-

schen der Regierung und der maoistischen Kommunistischen Partei Nepals, der von 1996 bis 2006 dauerte.

2017 hatte das HRC bereits ähnliche Empfehlungen ausgesprochen. Damals ging es um den Fall von Purna Maya (Pseudonym), die den Anschuldigungen zufolge 2004 von vier Soldaten in einer Kaserne vergewaltigt worden war. Acht Jahre später erstattete sie mit Hilfe zweier Menschenrechtsorganisationen Anzeige. Purna Maya litt nach dem Vorfall nicht nur unter massiven gesundheitlichen Problemen, sondern musste zusammen mit ihrer Tochter auch ihr Haus verlassen, da ihr Ehemann sie verstoß.

Mehr als 13000 Menschen verloren im Bürgerkrieg ihr Leben, rund 1000 Menschen verschwanden. Beide Konfliktparteien, die Regierungstruppen und die maoistischen Rebellen, vergewaltigten und missbrauchten Frauen und Mädchen. Erstere „bestrafen“ so beispielsweise Frauen, die sie verdächtigten, Maoisten zu sein oder diese zu unterstützen. Letztere setzten sexuelle Gewalt in mehreren Fällen als Mittel

der Kriegsführung ein. Die Opfer litten in der Folge unter anderem unter ungewollten Schwangerschaften, psychischen Problemen und Traumata, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Vertreibung.

2015 setzte die nepalesische Regierung zwei Kommissionen ein, um Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs zu untersuchen, Vorschläge zum Umgang mit den Tätern zu erarbeiten und so die Phase der Übergangsgerechtigkeit abzuschließen: die Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission – TRC) und die Untersuchungskommission für Verschwundene (Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons – CIEDP). Bei ihnen gingen 63000 Anzeigen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen ein, aber nur 300 betrafen sexuelle Gewalt und Übergriffe. Möglicherweise hatten die Opfer Angst, dass die Kommissionen die Fälle nicht vertraulich behandeln.

### KULTUR DER STRAFLOSIGKEIT

Dass sexuelle Übergriffe nicht angezeigt werden, gilt nicht nur für die Zeit des Bürgerkriegs. Es herrschen generell eine Kultur der Straflosigkeit und mangelnde Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten für Opfer vor. Bis heute fehlt eine klare Null-Toleranz-Haltung gegenüber sexueller Gewalt in Nepal, und alarmierend viele Frau-

en müssen sie erleiden. 2016 gaben in einer Umfrage sieben Prozent der Mädchen und Frauen zwischen 15 und 49 Jahren an, schon einmal sexuelle Gewalt erfahren zu haben. Vor Gericht gingen im Steuerjahr 2017/2018 1480 Anzeigen wegen Vergewaltigung und 727 wegen versuchter Vergewaltigung ein. Nur 387 beziehungsweise 118 Angeklagte wurden verurteilt.

Viele Opfer sexueller Gewalt behalten das Geschehene freiwillig für sich oder werden von ihrer Familie dazu gezwungen, um Scham, Diskriminierung und Stigmatisierung zu vermeiden. Opfern wird häufig die Schuld für die Tat gegeben; zudem müssen sie die Rache der Täter fürchten, besonders, wenn es sich um einflussreiche Persönlichkeiten handelt. Es gibt auch Berichte über Fälle, in denen die Opfer gezwungen wurden, ihre Vergewaltiger zu heiraten.

Manchmal werden Anzeigen auf Druck der Täter auch wieder zurückgezogen oder eine außergerichtliche Einigung erwirkt. Beispielsweise wurde eine junge Frau 2010 in einem Zuckerrohrfeld von zwei Männern vergewaltigt. Sie wurden gefasst, aber nicht bestraft. Stattdessen vertrieben Dorfbewohner die Frau unter dem Vorwurf, die jungen Männer „verdorben“ zu haben. Sie wandte sich an die Polizei und lokale Politiker und erhielt schließlich rund 400 Dollar Entschädigung. Die Hälfte behielten diejenigen ein, die in dem Fall vermittelt hatten – als „Spende“ für Entwicklungsmaßnahmen im Dorf.

Trotz solcher Fälle ist spürbar, dass das Bewusstsein für sexuelle Gewalt in Nepal steigt. Medien berichten immer häufiger darüber. Als 2018 die 13-jährige Nirmala Pant von einer Gruppe von Männern vergewaltigt und ermordet wurde, gab es soziale Unruhen, nachdem der Verdacht aufkam, dass einflussreiche Politiker die polizeilichen Untersuchungen behinderten. Sie mündeten in eine landesweite Mobilisierung der Öffentlichkeit.

## JURISTISCHE REFORMEN

Nach wiederholten Aufforderungen durch UN-Organen hat Nepal seine Gesetzgebung überarbeitet. Das 2017 verabschiedete Strafgesetzbuch definiert Vergewaltigung als „Sexualverkehr mit einer Frau ohne ihr Einverständnis und mit einem Mädchen unter 18 Jahren mit ihrem Einverständnis“. Sexualverkehr schließt laut der Definition

Geschlechtsverkehr, Oralverkehr und die Penetration mit Gegenständen ein, während vorher lediglich Geschlechtsverkehr dazu gehörte. Zudem wurde die Frist, in der Vergewaltigung zur Anzeige gebracht werden kann, von 35 Tagen auf ein Jahr verlängert. Auch die Strafen sind etwas härter geworden.

Ein großes Problem ist jedoch nach wie vor, dass die Strafe vom Alter des Op-



**Nach Ende des Bürgerkriegs gewann die Maoistische Partei Nepals die Wahlen. Anhänger feiern den Sieg im April 2008.**

fers abhängt und nicht von der Schwere der Tat und dem Leid des Opfers. Wenn das Vergewaltigungsoffer unter zehn oder über 70 Jahre alt ist, gibt es lebenslang. Doch wenn das Opfer zwischen 18 und 69 Jahren alt ist, erwarten den Täter nur sieben bis zehn Jahre Haft. Auf Vergewaltigung in der Ehe stehen fünf Jahre Gefängnis.

Mit dem neuen Gesetz hat Nepal die rechtliche Lage verbessert. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat die Regierung aber in seiner Entscheidung vom vergangenen Jahr aufgefordert, die Anklagefrist noch erheblich weiter zu verlängern, und der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau empfahl Nepal 2018, alle Verjährungsfristen aufzuheben, da es Jahre dauern kann, bis ein Vergewaltigungsoffer in der Lage ist, sich einem Verfahren zu

stellen – besonders, wenn es sich um Kinder oder andere Schutzbedürftige handelt. Außerdem lässt das Gesetz in Bezug auf das Strafmaß viel Spielraum für die Behörden und Richter, so dass die Gefahr besteht, dass Täter eine leichte Strafe im Vergleich zur Schwere ihres Vergehens erhalten.

In Bezug auf sexuelle Gewalt in Konflikten wertet die Wahrheits- und Versöhnungskommission Vergewaltigung als schwere Menschenrechtsverletzung, und die TRC darf Tätern in der Regel keine Amnestie gewähren. Die Gesetze, um sexuelle Gewalt in Konflikten zu verfolgen, sind jedoch ungenügend, weil diese nicht unter das Strafgesetzbuch fällt.

Sexueller Gewalt liegen strukturelle Probleme zugrunde, die mit der vorherrschenden Straflosigkeit zu tun haben und dauerhaften Frieden und Demokratisierung in Nepal ernsthaft bedrohen. Daher sollte es im Interesse der Regierung und aller politischen Parteien sein, sich klar gegen jede Tolerierung von sexueller Gewalt zu positionieren. Nepal steht noch bis mindestens Januar oder Februar 2021 unter besonderer internationaler Beobachtung. Dann wird es wieder eine Überprüfung der Menschenrechtslage durch den UN-Menschenrechtsrat geben (Universal Periodic Review – UPR). Die Regierung sollte die Zeit bis dahin für weitere rechtliche Reformen nutzen, um den Zugang zur Justiz für Opfer sexueller Gewalt sicherzustellen und die Definition von Vergewaltigung in Einklang mit dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu bringen.

Außerdem sollte Nepal die Empfehlungen von UN-Generalsekretär António Guterres zum Umgang mit sexueller Gewalt in Konflikten beherzigen. Er rief den UN-Sicherheitsrat im März 2019 dazu auf, Opfern einstweiligen Rechtsschutz und volle Entschädigung zu gewähren, einschließlich medizinischer und psychosozialer Betreuung, Hilfe zum Lebensunterhalt und angemessener Kompensation. Wichtig ist auch, dass Nepal zügig die Sicherheitsratsresolutionen 1325 aus dem Jahr 2000 und 1820 aus dem Jahr 2008 implementiert, in denen es um Frauen, Frieden und Sicherheit geht.



**RUKAMANE MAHARJAN**  
ist Juradozentin an der  
Tribhuvan-Universität in  
Kathmandu.  
[rukumaharjan@gmail.com](mailto:rukumaharjan@gmail.com)



Aktivisten von H.I.J.O.S erinnern im März 2011 in Buenos Aires an die Menschen, die während der Militärdiktatur in Argentinien verschwanden.

SOZIALPSYCHOLOGIE

# Gesellschaftliches Gedächtnis

Traumatische Ereignisse prägen das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft. Jede neue Krise holt alte Verletzungen wieder an die Oberfläche. Frühere Erfahrungen bieten Menschen aber auch das Rüstzeug, mit den neuen Herausforderungen besser umzugehen. Argentinien ist ein Beispiel dafür.

Von Sheila Mysorekar

Krisen sind nicht nur ein aktuelles Problem, sondern sie erinnern auch an vergangene Krisen. Während der Corona-Pandemie werden die Erinnerungen an die Pest oder die Spanische Grippe wach. In der Wirtschaftskrise denken die Menschen daran, wie sie frühere ökonomische Engpässe gemeistert haben. Und wenn bewaffnetes Militär auf den Straßen patrouilliert – und sei es auch nur, um zu kontrollieren, ob die Corona-Ausgangssperren eingehalten werden –, dann wird denjenigen mulmig, die schon einmal eine Diktatur durchlebt haben.

Seuchen, Wirtschaftskrisen oder Diktaturen sind keine individuellen Erlebnisse,

sondern eine gemeinsame Erfahrung aller Menschen einer Gesellschaft, wenn auch mit Unterschieden: Nicht jeder erkrankt bei einer Epidemie, manche haben viel Geld gespart, und andere sind bei Arbeitslosigkeit sofort am Rande des Hungers. Und in einer Diktatur gibt es Täter, Mitläufer, Widerstandskämpfer und Opfer – daraus folgen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen der gleichen Situation.

## 9/11 ALS KOLLEKTIVES TRAUMA

In der Sozialpsychologie wird untersucht, wie sich ein traumatisches Ereignis, das viele Menschen gleichzeitig betrifft, im kollektiven Gedächtnis einer Gesellschaft manifestiert. Ein bekanntes Beispiel sind die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001, kurz 9/11. In allen Weltregionen ist das Bild der explodierenden Flugzeuge in den Hochhäusern des World Trade Center in New York präsent, auch wenn die politischen Konsequenzen dieser Attacken etwa in der arabischen Welt ganz anders als im Westen spürbar waren.

In ihrer Forschung zu kollektiven Traumata bezeichnet die Psychologin Angela Kühner 9/11 als ein „kollektiv relevantes traumatisches Referenzereignis“. Sie und andere Wissenschaftler sprechen allerdings weniger von einem kollektiven Trauma, sondern von einer „kollektiven Verletzung des sozialen Gewebes“, das heißt, ein schlimmes Ereignis verändert eine Gesellschaft nachhaltig. Davon sind alle Menschen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maß.

Eine typische Reaktion auf ein solches Ereignis ist die Solidarisierung: Das Kollektiv versucht, gemeinsam mit der Erschütterung fertig zu werden. Gemeinsame Trauerprozesse sind ein probates Mittel dafür. Dies wird jedoch erschwert, wenn Tote nicht begraben werden können, so etwa nach dem 11. September.

Noch schwieriger ist es nach Diktaturen, wie etwa nach der letzten Militärdiktatur in Argentinien: 30 000 Menschen sind zwischen 1976 und 1983 verschleppt und ermordet worden, die „desaparecidos“, die „Verschwundenen“. Doch die Angehörigen konnten die Opfer des sogenannten „schmutzigen Krieges“ nicht begraben; die meisten blieben verschwunden.

Wie viele lateinamerikanischen Länder hat Argentinien mehrere Zyklen von traumatischen Ereignissen, Verdrängen und Erinnern hinter sich. Die übergreifendste lateinamerikanische Erfahrung ist die Kolonisation und die Massenausrottung der indigenen Völker – in vielen Ländern, auch in Argentinien, bis heute verschwiegen und verdrängt.

Eine Konstante des 20. Jahrhunderts waren sowohl die Militärputsche als auch die Wirtschaftskrisen. Nach jeder wirtschaftlichen und politischen Krise könne man in der argentinischen Gesellschaft eine Art „Vermeidungs-Verhalten erkennen, also typische Reaktionen auf ein Trauma“, sagt der Neurologe Enrique de Rosa von der argentinischen Ärztereinigung „Asociación Médica Argentina“. Viele Leute seien nicht mehr an Politik interessiert. „Tagtägliche Mikrotraumata erodieren die psychische Widerstandskraft der Menschen und werden zu einer erlernten Hoffnungslosigkeit. Man hat das Gefühl, egal was man macht, es gibt ja doch keinen Ausweg – das sehen wir oft bei Arbeitslosen“, erklärt de Rosa.

Nach einer Wirtschaftskrise sehnen sich alle Menschen nach Stabilität, nach einer gewaltvollen Periode nach Frieden. Der

Wunsch der Opfer nach Gerechtigkeit, nach der Bestrafung der Täter, wird dann oft als Störung dieses neuerlangten Friedens empfunden – sie werden aufgefordert, ihren Ruf nach Strafe einzustellen, nach dem Motto: „Es muss auch mal gut sein.“ Doch das Ende eines Krieges oder einer Diktatur ist noch kein Frieden. Wirklicher Friede ohne Gerechtigkeit ist unmöglich. Alte Konflikte lauern unter der scheinbar ruhigen Oberfläche und können jederzeit wieder aufbrechen.

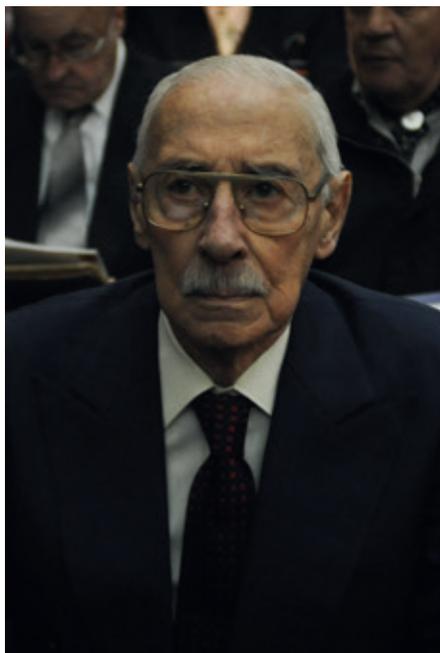
In dieser Situation gibt es einen Widerstreit von Auseinandersetzung und Abwehr, also zwischen Aussprechen und Verleugnung des Geschehenen. Dabei kommt den Opfern eine besondere Rolle zu. Weil sie sozusagen die personifizierte Erinnerung sind, will man sie ignorieren – die gewaltvolle Vergangenheit soll vergessen werden.

Eine ähnliche Phase durchlief auch Argentinien nach Ende der Militärdiktatur 1983. Anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern, die ebenfalls Diktaturen hatten, kam es in Argentinien zu einem Prozess, in dem die Schuldigen benannt und verurteilt wurden.

Unter dem Druck des Militärs wurden die Schuldigen jedoch in den folgenden Jahren nach und nach amnestiert, erst die unteren Ränge, zuletzt selbst die Junta. Daraufhin begannen lokale Menschenrechtsgruppen, auf anderen Wegen die Erinnerung wachzuhalten – gegen große Widerstände. Die Kinder der Verschwundenen gründeten die Organisation H.I.J.O.S („Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio“ – „Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Schweigen“).

Die Mitglieder von H.I.J.O.S. marschierten vor den Wohnungen verurteilter Folterer auf, um die Nachbarn darauf aufmerksam zu machen, neben wem sie wohnten, verlasen per Megaphon die gerichtlich verhängte Strafe und verteilten Flugblätter, auf denen die Verbrechen des betreffenden Militärs oder Polizisten aufgezählt waren.

In der Wissenschaft wird eine gemeinsame soziale Erinnerungspraxis als „absichtsvolles Erinnern“ bezeichnet, dazu gehören beispielsweise Gedenktage. Die Erinnerungspraxis der „Kinder der Verschwundenen“ war unkonventionell, zeigte aber Wirkung: Die Amnestiegesetze wurden nach und nach zurückgenommen. Die Mörder und Folterer mussten zurück ins Gefängnis.



Junta-Chef Jorge Videla 2012 vor Gericht.

Der niederländische Anthropologe Antonius C.G.M. Robben, Professor an der Universität Utrecht, hat zur Erinnerungspraxis traumatisierter Gesellschaften geforscht, unter anderem in Argentinien. Seiner Ansicht nach wurde durch den Staatsterror während der Diktatur „das Vertrauen der Bürger in den Staat vollkommen zerstört“. Dieses Misstrauen auf allen Seiten, zwischen Staatsorganen, Ex-Militärs und Angehörigen von Verschwundenen, hält weiter an und hindert die argentinische Gesellschaft, mit „ihrer traumatischen Vergangenheit abzuschließen“, meint Robben.

## TRAUMATA ÜBERWINDEN

Für den Friedensforscher Johan Galtung ist „Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg“. Dies gilt auch für die Aufarbeitung alter Konflikte. Wenn sie nicht erwähnt werden, heißt das nicht, dass es sie nicht gibt. Es klingt wie ein Widerspruch: Erst die kollektive und kontinuierliche Erinnerungspraxis sorgt dafür, dass Traumata überwunden und gewaltvolle Zeiten ad acta gelegt werden können.

Das Beispiel argentinischer Menschenrechtsgruppen liefert anderen Post-Konflikt-Gesellschaften ein gutes Vorbild, Kriegsverbrechen nicht ruhen zu lassen, sondern aufzuklären: So etwa halfen argentinische Forensikerinnen in Bosnien, die

Toten des Massakers von Srebrenica (1995) zu identifizieren. Die Angehörigen konnten die Ermordeten endlich begraben – auch das befriedet eine Gesellschaft.

Nicht jedes Trauma muss unendlich andauern, sondern kann durch gemeinsames Trauern überwunden werden, erklärt Psychologin Kühner. Der gemeinsame Trauerprozess in Argentinien, der durch Aktivistinnen wie etwa die „Madres de Plaza de Mayo“ (Mütter des Plaza de Mayo) oder die „Abuelas de Plaza de Mayo“ (Großmütter des Plaza de Mayo) an die Gesellschaft herangetragen worden war, hat die Menschen gegenüber ähnlichen Herausforderungen wachsam gemacht: In der Wirtschaftskrise im Dezember 2001 ließ die Regierung auf Protestierende schießen. Daraufhin versammelten sich umso mehr Menschen vor dem Regierungssitz, um für die Demokratie einzustehen.

Die Kontrolle der Ausgangssperre während der Corona-Krise im Frühjahr von schwerbewaffneter Polizei und Militär, die bei Zuwiderhandlungen sehr brutal vorgehen, ließ bei den Argentinern die Alarmglocken läuten.

Auch in anderen Situationen kann die Erinnerung an eine schmerzvolle Vergangenheit dabei helfen, die aktuelle Krise besser zu meistern. Als im Februar 2020 klar wurde, dass sich das Coronavirus von Asien aus weiter ausbreiten würde, wurden in Europa noch keinerlei Vorkehrungen getroffen. In Ostafrika hingegen waren die Erinnerungen an die Ebola-Epidemie 2018 in der Demokratischen Republik Kongo noch sehr frisch.

Deswegen begannen Staaten wie Tansania sofort, bei allen Reisenden die Temperatur zu messen und Verdachtsfälle zu isolieren. Das war in Europa bei den ersten Corona-Infektionen anders; hier waren im kollektiven Gedächtnis nur sehr ferne und vage Erinnerungen an lebensbedrohliche Seuchen gespeichert. Entsprechend langsamer war die Reaktion der Politik. Mit anderen Worten: Eine lebendige Erinnerung an vergangene Krisen kann überlebenswichtig sein.



**SHEILA MYSOREKAR**  
ist freie Journalistin und  
Projektmanagerin bei der  
Deutschen Welle Akademie.  
Sie lebte und arbeitete elf

Jahre in Argentinien.  
[sheila.mysorekar@dw.com](mailto:sheila.mysorekar@dw.com)

IDI-AMIN-FOTOAUSSTELLUNG

# Die Facetten eines Despoten

Das Uganda National Museum erinnert mit einer Ausstellung an den ehemaligen Diktator Idi Amin. Sie bildet den ersten Versuch, sich in Uganda mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ziel der Organisatoren ist es, einen Dialog über die Erfahrungen der Bürger in dieser Zeit anzustoßen.

Von Isabella Bauer

Der häufig als „Schlächter Afrikas“ bezeichnete Diktator Idi Amin, der von 1971 bis 1979 regierte, gilt als Inbegriff brutaler Willkürherrschaft. Zwischen 300 000 und 400 000 Menschen sollen während seiner Herrschaft ums Leben gekommen sein. Er ließ unzählige Ausländer, vor allem indische Händler, enteignen und vertreiben.

Während seiner Herrschaft wurde Amin stets von einem Tross staatlicher Fotografen begleitet. Hunderttausende von Bildern entstanden, denn der Diktator wusste um die Macht öffentlicher Inszenierungen. Bis vor kurzem galten diese Fotos als verloren. Doch 2015 förderten Recherchen des ugandischen Fernsehens tausende Bilder zutage. Insgesamt digitalisierten Experten verschiedener Universitäten bisher 25 000 der 70 000 gefundenen Negative. Die 200 Fotos, die nun unter dem Titel „The Un-

seen Archive of Idi Amin“ im Uganda National Museum zu sehen sind, bilden nur eine kleine Auswahl.

Die Schau soll „unterschiedliche Facetten der Persönlichkeit Idi Amins zeigen“, erklärt Anne Kakho, Besucherbetreuerin der Ausstellung. Amins Amtszeit wird anhand von Zeitachsen dargestellt. Eine zeigt offizielle Bilder: Der Diktator steht 1972 vor dem Brandenburger Tor in Berlin, er empfängt wenig später Kaiser Bokassa aus dem damaligen Zentralafrikanischen Kaiserreich und trifft sich 1973 mit dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi.

Die zweite Zeitachse zeigt auch viele Bilder des alltäglichen Lebens im Uganda der 1970er Jahre. „Die 70er Jahre waren eine Zeit der kulturellen Kreativität, einer Zeit der Liebe, der Musik und eines neuen Lebens“, heißt es auf der Begleittafel der Ausstellung. Hier wird deutlich, was dem Diktator auch viele Sympathien eingebracht hat: Idi Amin ist als Musiker mit einem Akkordeon zu sehen, als Tänzer bei einer kulturellen Veranstaltung und als Boxer im Ring.

Die dritte Zeitleiste versucht, das Grauen der Herrschaft Amins einzufangen: leere Folterkammern, öffentliche Hinrichtungen und die Vertreibung indischer Händler. „Lähmendes Entsetzen und zu-

gleich ein pulsierendes öffentliches Leben“ seien die widersprüchlichen Merkmale der Zeit gewesen, informiert eine weitere Ausstellungstafel.

Auf eine Einordnung der Geschehnisse verzichtet die Ausstellung vollends, dies bleibt ganz den Betrachtenden überlassen. Ugander sind nach dem Museumsbesuch aufgefordert, ihre Gedanken und ihr Feedback schriftlich zu hinterlassen. Zunächst soll dies ein Dialog im Inland bleiben.

In der Regel werde die Ausstellung sehr positiv aufgenommen, auch wenn die Rückmeldungen völlig unterschiedlich seien, sagt Anne Kakho. „Eine Familie wollte, dass wir die Ausstellung abnehmen. Sie sei eine Beleidigung für die jetzige Regierung.“ Auch einige Kinder Idi Amins besuchten die Ausstellung und waren begeistert. Sein jüngster Sohn, Jaffar Amin, war bereit, weitere Fotos und viele Geschichten aus der Zeit beizutragen. Die Ausstellungsmacher greifen all dies auf, denn sie sehen jetzt erst einen kleinen Anfang und planen eine große Ausstellung in der Zukunft.

Der Umgang mit diesen Bildern spiegelt die Einstellung vieler Ugander gegenüber Idi Amin wider. Die wenigsten sehen ihn ausschließlich als den brutalen Schlächter, als der er im Ausland wahrgenommen wird. Die Besucherin Irene Aikuru meint: „Er hat nicht mehr Menschen umgebracht als andere Präsidenten des Landes, als der jetzige Präsident des Landes. Er war nur völlig ungebildet und hat nichts versteckt, sondern seine Grausamkeiten offen gezeigt – das war der Unterschied.“

Das Format der Ausstellung, in der jeder die Seite Idi Amins sehen kann, die er oder sie möchte, sagt auch etwas über den Stand der Vergangenheitsbewältigung aus. In Uganda gab es bisher keine Aufarbeitung der Vergangenheit, kein öffentliches Gedenken an Kriegsoffer, keine Anerkennung des Leidens der zivilen Bevölkerung. In dieser Hinsicht ist die Ausstellung mit ihrem Fokus auf Dialog ein bahnbrechender Impuls.

Die Ausstellung war bis Mitte Februar 2020 in Kampala zu sehen und wird an vielen weiteren Orten gezeigt.



**Exponat der Ausstellung im Uganda National Museum in Kampala: Diktator Idi Amin bei einem öffentlichen Auftritt.**



**ISABELLA BAUER** ist freie Journalistin und Beraterin. Sie ist auf Ostafrika, das südliche Afrika und Deutschland spezialisiert.

[isabella.bauer@gmx.de](mailto:isabella.bauer@gmx.de)

LANDRÜCKGABE

# Unrecht wiedergutmachen

**Fast 30 Jahre nach Beginn der Landreform ist der Besitz an Grund und Boden in Namibia noch immer ungleich verteilt – ein Erbe der Kolonialzeit. Es ist höchste Zeit, enteigneten Gemeinschaften Land zurückzugeben. Deutschland sollte das als ehemalige Kolonialmacht, die viel Blutvergießen zu verantworten hat, unterstützen.**

Von Henning Melber

Amtliche Statistiken dokumentieren die ungleiche Verteilung des Landbesitzes in Namibia: Weniger als 5000 (meist weiße) kommerzielle Farmer besitzen 48 Prozent des Landes. 35 Prozent sind für indigene Gemeinschaften reserviert, und von diesen Flächen hängen über 70 Prozent der Bevölkerung ab. Die übrigen 17 Prozent des Landes gehören dem Staat.

Diese Verteilung entspricht nicht den offiziellen Politikzielen. Die Regierung will eigentlich Land an die Nachkommen der in der Kolonialzeit Enteigneten übertragen. Auf der Agenda stehen die Umsiedlung der indigenen Bevölkerung sowie die freiwillige Abtretung von kommerziell genutztem Agrarland. Passiert ist bisher nicht viel. Land besitzen wie eh und je wenige Privilegierte, zu denen mittlerweile auch Mitglieder der politischen Klasse gehören (siehe Kasten nächste Seite).

Als ehemalige Kolonialmacht hat Deutschland die Verantwortung, zur Behebung dieses Missverhältnisses beizutragen. Die Machtausübung in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika (1884 bis 1915) war äußerst brutal. Weiße wurden ermutigt, Farmen auf indigenem Land zu errichten. Der Widerstand der lokalen Ovaherero- und Nama-Gemeinschaften gegen Zwangsvvertreibungen löste den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts aus, der von 1904 bis 1908 andauerte (siehe Joshua Kyesi Aikins im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/11). Die Damara waren ebenfalls betroffen. Überlebende wurden in Lager gesteckt und in Reservate gezwungen. Weiße Grundbesitzer eliminierten auch systematisch die San (Buschleute).

Der Landraub ging weiter, als 1915 Südafrika das Territorium besetzte und 1919 offiziell die Macht übernahm. Afrikaner sprechende weiße Farmer zogen in die „fünfte Provinz“. Bis in die 1960er Jahre wurden indigene Gemeinschaften unter der südafrikanischen Bantustan-Politik vertrieben und umgesiedelt. Für bestimmte ethnische Gruppen gab es euphemistisch als „Stammesgebiete“ bezeichnete Reservate.

Mit der Unabhängigkeit sollte die Würde der schwarzen Gemeinschaften wiederhergestellt werden. 1990 bildete die Befreiungsbewegung South-West Africa People's Organisation (SWAPO) die neue Regierung einer souveränen Nation. Die Nationale Landkonferenz 1991 war ein vielversprechender Start, änderte aber am Landbesitz wenig. Die geplante Rückgabe an Enteignete scheiterte kläglich. Das Verfahren war langsam und begünstigte oft Akteure mit politischen Kontakten, aber ohne angestammte Ansprüche.

Wegen des Scheiterns gab es im Oktober 2018 eine zweite Landkonferenz, die stärker auf angestammte Ansprüche ausgerichtet war. Im Februar 2019 wurde eine 15-köpfige Kommission für Ahnenland ernannt. Sie empfahl im Dezember 2019, den Enteigneten Vorrang zu geben. Sie hielt fest: „Der Kolonialismus hat die Menschen ihrer Würde, ihrer kulturellen und sonsti-

gen Grundrechte beraubt, und das erfordert dringend systematische Wiedergutmachung.“ Die Kommission schlug vor, „Reparationen der ehemaligen Kolonialmächte“ zu nutzen, um die Landreform zu unterstützen und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

## DEUTSCHLANDS ROLLE

Die ehemaligen Kolonialmächte sind Deutschland und Südafrika. Sie haben riesigen Schaden angerichtet. Südafrikas Regierung ist allerdings selbst aus einem Freiheitskampf hervorgegangen und übernimmt keine Verpflichtung für das Handeln des früheren Apartheidregimes. Das mindert aber selbstverständlich Deutschlands Verantwortung überhaupt nicht.

Von Journalisten gelöchert, räumte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes Mitte 2015 ein, dass die deutsche Kriegsführung in Namibia einem Völkermord gleichgekommen sei. Seitdem verhandeln Deutschland und Namibia über die Aufarbeitung dieses Unrechts. Die Bundesregierung hat keinen Reparationen zugestimmt und vermeidet sogar den Begriff „Reparationen“.

Dennoch verdient der Vorschlag der namibischen Kommission Beachtung. Tatsächlich könnte Deutschland für die Landrückgabe Mittel bereitstellen, die als Kompensationen für Farmer, die ihr Land nicht verkaufen wollen, dienen könnten.

Eine Rechtsgrundlage für eine solche Landumverteilung besteht. Zwar sind laut Namibias Verfassung alle Eigentumstitel, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit



**Das meiste kommerziell genutzte Land besitzen weiterhin weiße Farmer.**

bestanden, geschützt. Aber Artikel 16 besagt klar: „Der Staat oder eine durch Gesetz ermächtigte zuständige Stelle oder ein durch Gesetz ermäßigtes Organ kann Eigentum im öffentlichen Interesse enteignen, sofern eine gerechte Entschädigung gezahlt wird, wobei Bedingungen und Vorgehen per Parlamentsbeschluss festgelegt werden.“ Derartige Gesetze und Vorschriften bestehen, und 2008 legte der Oberste Gerichtshof Richtlinien zur Durchsetzung fest.

Die Finanzierung solch einer Umverteilungs- und Enteignungspolitik wäre ein vernünftiger erster Schritt. Darüber hinaus sollte Deutschland Investitionen in die ländliche Infrastruktur sowie in Agrarberatung mitfinanzieren, um die lokalen Gemeinschaften in die Lage zu versetzen, voll von der Umsiedlung zu profitieren. Die namibische Regierung müsste derweil gewährleisten, dass nur Nachkommen der Enteigneten und nicht politische Eliten von der Umverteilung profitieren.

Die Regierungen beider Länder wären gut beraten, solch eine Politik zu vereinbaren. Das würde nicht nur der Aussöhnung Deutschlands und Namibias dienen, sondern auch innerhalb Namibias Versöhnung fördern – zwischen den wirklich Entrechteten und denen, die nur vorgeben, es zu sein. Für Namibia würde das einen Neuanfang bedeuten, der das destruktive Erbe des ungleichen Landbesitzes überwindet.

Der Begriff „Reparationen“ sollte niemanden abschrecken. Die deutsche Bundesregierung mag sich davor scheuen, weil das als Präzedenzfall für andere ehemalige Kolonialmächte verstanden werden könnte – und diese wollen keine Wiedergutmachung für vergangene Verbrechen zahlen (siehe Kehinde Andrews im Schwerpunkt des E+Z/E+C e-Papers 2017/11). Wie die namibische Ahnenland-Kommission aber richtig konstatiert, wird der Begriff „Reparation“ im internationalen Recht „in einem weiten Sinne verwen-

det“. Er kann für alles stehen, was dazu dient, „die verschiedenen Arten von Schäden, die Opfer erlitten haben, wiedergutzumachen“.

Land ist Identität, gestohlenes Land ist gestohlene Identität. Eigentumsrechte, die ein nach der kolonialen Landnahme institutionalisiertes Rechtssystem gewährt, mögen zwar gültig sein – aber unfair sind sie in jedem Fall. Das Unrecht der Vergangenheit muss korrigiert werden. Die Gespräche zwischen Deutschland und Namibia bieten dazu eine historische Chance.



**HENNING MELBER**  
ist emeritierter Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala, Schweden, und außerordentlicher Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein. Er ist seit 1974 Mitglied der SWAPO (South West African People's Organisation).  
[henning.melber@nai.uu.se](mailto:henning.melber@nai.uu.se)

## Erster Anlauf gescheitert

1990 wurde Namibia unabhängig. Wenig später empfahl die erste Nationale Landkonferenz, indigene Gemeinschaften umzusiedeln und ihnen kommerzielles Farmland zu übertragen. Leider kam diese Politik nie richtig in Gang.

Die Leitidee war, dass weiße Farmer freiwillig Land an Schwarze verkaufen würden. Angesichts der hohen Landpreise sollten die Transaktionen staatlich subventioniert werden. Obendrein sollte der Staat immer ein Vorkaufsrecht haben, wenn Land zu Verkauf stünde.

Dieses Konzept ging nicht auf. Die Behörden waren langsam und ineffizient. Offiziellen Angaben von 2018 zufolge wurden dem Staat seit 1992 über 8 Millionen Hektar (etwas mehr als ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Pri-

vatbesitz) angeboten. Tatsächlich kaufte er davon lediglich 37 Prozent. Der Staat erwarb 496 Agrarbetriebe und teilte sie zur Vergabe auf. Die Statistik zeigt, dass immer noch fast 50 Prozent des Landes Weißen gehören. Die Nachkommen der unter der

Kolonialherrschaft Enteigneten sind weiterhin landlos.

Leider besteht Ungleichheit selbst dort fort, wo Land umverteilt wurde. Sie beruht nur jetzt nicht mehr auf der Hautfarbe, denn nun sind politische Kontakte und ethnische Zugehörigkeiten wichtig geworden. Viele Mitglieder der politischen und administrativen Elite wurden auf dem

Papier als „ehemals benachteiligt“ eingestuft und dann bei Landumverteilung berücksichtigt. Tatsächlich stammen viele von ihnen aus Nordnamibia. Dort war das Land immer im Besitz der lokalen Gemeinschaften geblieben. Leider konnten Menschen, deren Verfahren nie enteignet wurden, Land erwerben und wurden dafür auch noch subventioniert. Solcher Grundbesitz gehört heute zu den Statussymbolen der neuen Elite.

Diese fehlgeleitete Landzuweisung ist politisch umstritten. Die Nachkommen der im Kolonialismus enteigneten Gemeinschaften fühlen sich marginalisiert – und das führt zu interethnischen Feindseligkeiten. Ein weiteres Problem ist, dass viele der nichtprivilegierten Umverteilungsbegünstigten von ihrem Land nicht leben können. Da ihnen Kapital und Know-how fehlen, sind sie auf staatliche Hilfe angewiesen.



Die Unabhängigkeitsfeier 1990 auf einem Wandbild in Windhoek dargestellt.

KOLLEKTIVE ERINNERUNGEN

# Das Erbe des Kriegs

**Die Aufarbeitung kollektiver Traumata ist ein wichtiger Bestandteil von Konflikttransformation. Im Libanon trägt Friedensarbeit zum Heilungsprozess kollektiver Traumata des Bürgerkriegs bei. Es geht darum zu verstehen, wie die Vergangenheit individuelle und gesellschaftliche Identitäten prägt.**

Von Miriam Modalal und Dalilah Reuben-Shemia

Der libanesischer Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 hinterließ viele Wunden und eine entlang ihrer Religionsgruppen tief gesplante Gesellschaft. Nach dem Ende des

und die zum Teil prekären politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Politische Parteien bedienen sich einer Sprache der Angst und des Misstrauens, um das starke Bedürfnis vieler Menschen nach Sicherheit zu manipulieren.

Der landesweite Aufstand, der im Oktober 2019 begann und als Oktoberrevolution bekannt ist, stellt diese Realitäten und fremdbestimmten Identitäten infrage. Demonstrierende verlangten ein Ende von Korruption, Vetternwirtschaft und mangelnder Verantwortung, nachdem die Regierung eine neue Steuer auf Internettelefonie angekündigt hatte. Die Oktoberrevolution führte

Generation weitergegeben (siehe Kasten nächste Seite). Im Libanon sind kollektive Traumata allgegenwärtig. Die Friedensorganisation Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD) wendet in ihren Projekten im Umgang mit der Vergangenheit das Prinzip der Multiperspektivität an. Multiperspektivität geht davon aus, dass Geschichte subjektiv und interpretationsabhängig ist. In Gesprächen über die Vergangenheit entwickeln Menschen ein Verständnis darüber, wie das Erlebte individuelle und kollektive Identitäten prägt; so wird ein Heilungsprozess unterstützt.

In einer Reihe von Trainings mit dem Titel „Memory of War“ reflektierten Friedensaktivisten aus verschiedenen Nachbarschaften über kollektive Identitätsnarrative, die vom Bürgerkrieg geprägt wurden. Vor dem Hintergrund der Oktoberrevolution ging es auch um die Bedeutung eines gesunden Trauerprozesses. Dieser ist eine Grundvoraussetzung dafür, Körper und Geist aus der Starre eines nicht verarbeiteten Traumas zu lösen, das zu kollektiven Gefühlen von Angst und Hoffnungslosigkeit führt. Die Aktivistinnen schauten sich gegenwärtige Konflikte in ihrem Umfeld durch die Linse der Multiperspektivität an und eigneten sich neue Methoden zum Umgang mit der Vergangenheit an.

ForumZFD unterstützt außerdem Lehrer und Lehrerinnen aus dem ganzen Land und aus allen religiösen Gruppen dabei, die Vergangenheit so zu vermitteln, dass sich die Gräben nicht vertiefen, sondern möglichst schließen. Zusammen mit seiner Partnerorganisation, der Lebanese Association for History, setzt forumZFD kreative Methoden ein, um Lehrer wie Schüler zu motivieren, umstrittene historische Ereignisse und die Erinnerung an die Gewalt in einem anderen Licht zu sehen.

Neben der Multiperspektivität hilft dabei auch der Austausch mit älteren Menschen. Ein Beispiel für den Dialog der Generationen ist das Projekt „From Local History to a Wider Understanding of the Past“. Darin zeichnen Schülerinnen und Schüler die Erinnerungen Älterer an den Bürgerkrieg auf, setzen diese dann künstlerisch um und stellen eine Verbindung zu ihrem eigenen, gegenwärtigen Leben her.

Ein anderer Fokus des forumZFD ist es, Aktivistinnen über die gesellschaftlichen Gräben hinweg für den Einsatz für Gewaltfreiheit zu mobilisieren. Gemeinsam mit



**Workshop zur gewaltfreien Kommunikation bei der Frauenorganisation Nisaa Kaderat (Fähige Frauen).**

Bürgerkriegs wurde die Erinnerung an die Vergangenheit drei Jahrzehnte kollektiv verschwiegen. Der Staat hoffte, dadurch ein Gefühl von Normalität herstellen zu können. Während das zunächst den Schmerz betäubte, blieben tiefsitzende Gefühle von Verlust, Scham und Hoffnungslosigkeit bestehen.

Kollektive Opfernarrative wurden nur innerhalb der gesplante Bevölkerungsgruppe weitergegeben. In Schulbüchern bleibt die Vergangenheit bis heute tabu und ein breiter öffentlicher Diskurs fand lange nicht statt. Stattdessen dienen Migranten, Geflüchtete und fremde Mächte als Sündenböcke für die schlechte Sicherheitslage

zum Zerfall der Regierung, das Land stand monatelang am Rande des finanziellen Bankrotts. Die gesplante Gesellschaft, in der viele so lange geschwiegen hatten, versammelte sich hinter der Forderung nach einem grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Wandel. Die Protestierenden rissen die Gesellschaft erstmals seit langem aus dem politischen Tiefschlaf.

## **FRIEDENSARBEIT MUSS KOLLEKTIVE TRAUMATA BERÜCKSICHTIGEN**

Gewalttätige Konflikte können ganze Gesellschaften traumatisieren, und diese Traumata werden manchmal von Generation zu

der Partnerorganisation The Lebanese Women Democratic Gathering hat forumZFD die Gründung einer Frauenbewegung aus syrischen und libanesischen Friedensaktivistinnen unterstützt: Nisaa Kaderat (Fähige Frauen). In ihrem Gemeindezentrum in Baalbek finden Frauen aller Nationalitäten und Generationen Zuflucht, die aufgrund ihres Geschlechts Gewalt erleben. Mit Hilfe von Methoden der gewaltfreien Kommunikation, des Intergruppen-Dialogs und der psychosozialen Fürsorge begegnen sich die Frauen mit Empathie und setzen sich dabei mit Gefühlen von Einsamkeit, der Opferrolle und mit Scham auseinander.

So wird einerseits die Berücksichtigung kollektiver Traumata in die Konflikt-

transformation aufgegriffen. Andererseits schaffen Gruppenprozesse eine Atmosphäre der Empathie, in der individuelle Erfahrungen mit Hilfe der Gruppe verarbeitet und Lernprozesse angestoßen werden können. Wenn Konflikttransformation also sensibel mit den psychosozialen Dynamiken kollektiver Traumata umgeht, stärkt sie die Resilienz auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene.

Darüber hinaus ist es wichtig, mit Hilfe von Medien, Festivals, Ausstellungen und anderen Kunstformen gemeinsame Narrative der Vergangenheit und der Opferidentitäten zu verwandeln. Diese Ansätze helfen dabei, Feindbilder „des anderen“ abzubauen. Dadurch wächst wiederum der Glaube,

dass man selbst etwas bewegen kann, und das hilft, die Hilflosigkeit zu überwinden. Aus Passivität und politischer Apathie können so Ermächtigung und Handlungsfähigkeit werden.



**MIRIAM MODALAL**  
ist Projektmanagerin bei  
forumZFD.

[miriam.modalal@gmail.com](mailto:miriam.modalal@gmail.com)



**DALILAH REUBEN-SHEMIA**  
war Beraterin für Frieden und  
Konflikte bei forumZFD und  
forscht zu Gewaltfreiheit.  
[d.reuben-shemia@posteo.de](mailto:d.reuben-shemia@posteo.de)

## Kollektives Trauma

Gewalttätige Konflikte können zur Traumatisierung ganzer Gesellschaften führen. Die Folgen sind kollektive Gefühle von Misstrauen und Angst, oft in Kombination mit starren Denkmustern. Schuldgefühle werden unterdrückt und das Opfersein wird zur Gruppenidentität.

Trauma führt zu Stress, und das kann zu Symptomen der Übererregbarkeit führen. Betroffene neigen dazu, sich leicht zu erschrecken, misstrauig, wütend, aufgewühlt oder wie versteinert zu sein. Damit einher gehen oft Schlaf- und Konzentrationsprobleme. Sowohl Einzelne als auch Gesellschaften neigen zu psychischer Betäubung, um sich von den traumatischen Erfahrungen zu lösen. Sie ziehen sich zurück, verlieren das Interesse an Aktivitäten und an anderen Menschen, flüchten vor der Realität.

Kollektives Trauma ist ein noch nicht vollständig abgeschlossener Lernprozess, um mit extremem negativem Stress, Angst und Hilflosigkeit umzugehen (Reimann und Kö-

nig, 2018). Es kann dazu führen, dass Menschen in Konfliktdynamiken gefangen bleiben und Gewalt gegen sich selbst und andere ausüben. Traumasymptome werden oft an die nächste Generation weitergegeben, entweder durch die Erziehung und das Verhalten der Eltern, durch Vererbung oder Sozialisierung. Es handelt sich dann um ein „generationsübergreifendes Trauma“.

Wenn die traumatisierte Gruppe kollektive Gedanken

und Gefühle entwickelt, werden diese als kollektive Identitätsmerkmale Teil der Gruppenrealität (Reimann und König, 2018). Das kann einer Heilung im Weg stehen. Narrative von Verlust und Verzweiflung, von Schuld und Scham und/oder eine gemeinsame Opferidentität sind typisch. Die kollektiven Emotionen werden von Misstrauen, Unsicherheit, extremer Verzweiflung oder Apathie bestimmt (Becker, 2004). Starre Denkmuster, Schuldzuweisungen, Vorurteile, Stereotype und ausschließende Normen charakterisieren die kollektiven Denkmodelle oder Glaubens-

systeme. All das begünstigt Aggressionen, eine Gewaltkultur und Polarisierung innerhalb der Gruppe.

Eine traumasensible Konflikttransformation bedeutet demzufolge, darauf hinzuwirken, dass diese Gruppenidentitätsmerkmale sich in inklusivere Wahrnehmungen der Welt wandeln. Es geht darum, die Resilienz betroffener Gruppen zu stärken, damit diese konstruktive Strategien entwickeln können, um mit dem Erlebten klarzukommen. mm, drs

### QUELLEN

Becker, D., 2004: *Dealing with the consequences of organised violence in trauma work*. In: Austin, A., Fisher, M., Rospers, N. (eds): *Transforming ethno-political conflict. The Berghof Handbook*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Reimann, C., und König, U., 2018: *Closing a gap in conflict transformation. Understanding collective and transgenerational trauma*.

<https://www.ximpulse.ch/wp-content/uploads/1806CollectiveTrauma.pdf>



Graffiti auf einem Gebäude mit Einschusslöchern an der ehemaligen Frontlinie des libanesischen Bürgerkriegs im Zentrum von Beirut (Foto von 2018).

# Schleifen der Gewalt

**Angesichts der hohen Kosten, die Konflikte verursachen, ist vorbeugendes Handeln der internationalen Staatengemeinschaft wichtig. Weltbank und UN riefen entsprechend 2018 in einem gemeinsamem Grundsatzpapier zu internationaler Kooperation in der Prävention von Konflikten auf. Diese würden immer komplexer und involvierten meist viele verschiedene Akteure.**

Von Florian Gaisrucker

„Pathways for Peace“, das gemeinsame Grundsatzdokument von Weltbank und UN, warnt, Gewalt zähle zu den größten Hindernissen auf dem Weg zu den 17 SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung). Nötig sei der Aufbau friedlicher Gesellschaften. Dies würde durch Herausforderungen wie den Klimawandel, ungenügende Cybersecurity und transnationale organisierte Kriminalität erschwert. Weltbank und UN weisen darauf hin, dass Bürgerkriege sehr teuer sind – und zwar nicht nur finanziell. Für die internationale Staatengemeinschaft sei Gewaltvorbeugung eine kostengünstige Option.

Besonders einkommensschwache Länder sind von Gewalt betroffen, wie die Studie ausführt. Der derzeitige Trend lege nahe, dass 2030 über die Hälfte der ärmsten Menschen weltweit in Ländern mit einem hohen Maß an Gewalt leben werden. Der Report liefert mehrere Erklärungen dafür, dass Staaten scheitern und Gesellschaften lange in Gewalt feststecken. Ausgelöst werden Konflikte demnach durch:

- ökonomische Krisen,
- das Leid marginalisierter Bevölkerungsgruppen,
- Veränderungen sozialer Normen,
- Waffenlieferungen von außen oder
- Regierungs- und Regimewechsel.

Den Autoren zufolge gibt es verschiedene Arten von Bürgerkriegen – von revolutionären Bestrebungen bis hin zu ethnischen Konflikten mit genozidalen Erscheinungen. Wirtschaftskrisen seien nicht die Ursache von Konflikten, setzten aber sowohl politische Systeme als auch die betroffene Bevöl-

kerung unter Druck. Das mache die Mobilisierung zu Gewalt wahrscheinlicher.

Seit 2010 kommt es der Studie zufolge zu stetig mehr Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten. Nicht-staatliche Organisationen seien wichtig und mobilisierten



**Soldatinnen der UN-Mission in Côte d'Ivoire 2012.**

nicht nur Extremisten, Militante und Rebellen, sondern auch Kriminelle, wie etwa Schleuser. Sie verbreiteten Ideologien und forderten ökonomische oder politische Ressourcen. Wut und Hass würden mit Sozialen Medien angefacht, und diese Plattformen dienten auch der Rekrutierung. Andererseits, so die Autoren, können dieselben Mittel auch für präventives Handeln genutzt werden.

Zwischenstaatliche Konflikte sind selten geworden, aber private Finanzierung mache innerstaatliche Konfliktdynamiken

komplizierter, wie die Studie ausführt. Gewalt unterbreche Handelsrouten und somit die Zulieferung von Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern. Rasante Inflation und Lebensmittelknappheit seien Folgen. Auch Nachbarländer würden beeinträchtigt.

Gewaltkonflikte, so das Weltbank-UN-Papier, lassen Länder wieder hinter bereits gemachte Entwicklungserfolge zurückfallen. Sie machten auch Epidemien wahrscheinlich und zerstörten gesellschaftliches Vertrauen – sowohl zwischen Bürgern als auch gegenüber Institutionen. Soziale Dienstleistungen würden in Konfliktländern oft nicht mehr erbracht.

Selbst nach dem Ende eines Konfliktes seien die Konsequenzen über Generationen hinweg zu spüren, warnen die Autoren. Als großes Problem bezeichnen sie auch, dass vermeintlich beigelegte Auseinandersetzungen wieder auflodern.

Prävention ist indessen leichter gefordert als wirkungsvoll verwirklicht. Weltbank und UN halten fest, Risiken müssten erkannt und richtig eingeschätzt werden. Nötig seien institutionelle Reformen, welche die Konfliktparteien mitgestalten müssten. Gelingen das gut, würden hohe Kosten für Militäreinsätze und Nothilfe vermieden. Die Staatengemeinschaft habe ein Interesse daran, fragile Staaten auf diese Weise zu stärken und könne Unterstützung leisten.

Viele Länder stünden unter großem Druck durch globale Veränderungen, Klimawandel und neue Technologien, heißt es in der Studie. Engpässe im Bildungs- und Gesundheitswesen seien besorgniserregend, nicht zuletzt, weil Perspektivlosigkeit aggressiv mache. Krisenprävention könne Gewaltkreisläufe aber unterbrechen – und dafür sei mehr Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sinnvoll.

**LINK**

**United Nations, World Bank (2018): Pathways for Peace: Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict.**

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/28337>



**FLORIAN GAISRUCKER**  
war im vierten Quartal 2019  
Praktikant in der E+Z/  
D+C-Redaktion.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

## Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf [www.dandc.eu](https://www.dandc.eu) ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



26. JULI 2020

## Im Aufschwung verbessern

Die Internationale Energieagentur (IEA) rät Regierungen weltweit, die wegen der Covid-19-Flaute nötigen Konjunkturprogramme auch auf Klimaschutz auszurichten. Die Botschaft stimmt.

Von Katie Cashman

Wegen des Konjunkturerinbruchs sind in diesem Jahr sowohl die Energienachfrage als auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zurückgegangen. Die Erholung bietet Chancen, Strukturen zu verbessern. International lautet das inoffizielle Motto: „Build back better.“ Der IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol fordert Mitgliedsländer zum Beispiel auf, 2019 auf Dauer zum Jahr mit den höchsten Klimaemissionen zu machen, indem sie Konjunkturprogramme zur Förderung sauberer Energie nutzen. UN-Generalsekretär António Guterres unterstützt das, denn saubere Energie verschaffe Ländern eine „sicherere und gesündere“ Entwicklungsbasis.

Wie die USA in den 1930er Jahren zeigten, können auf hohen Schulden beruhende Staatsausgaben eine Volkswirtschaft aus der Depression führen. Besonders sinnvoll ist dabei der Bau von Infrastruktur,



Neuer Radweg in Lima, Perus von Corona hart getroffener Hauptstadt.

weil das nicht nur kurzfristig Arbeit schafft – sondern auch die Grundlage für langfristigen Wohlstand. Heute sind Investitionen in Klimaschutz und -anpassung nötig. Dabei geht es etwa darum, bestehende Gebäude auf erneuerbare Energie umzurüsten, Radwegnetze auszubauen oder natürliche Methoden des Hochwasserschutzes zu reaktivieren. Subventionen für intelligente Stromversorgungsnetze oder die Umstellung von Industrieanlagen auf saubere Energie können die Wirtschaft stimulieren.

Die Fehler von 2008 sollten nicht wiederholt werden. Nach der damaligen Weltfinanzkrise profitierten auch Unternehmen, die intensive fossile Energie nutzen, von Staatsgeld, was langfristige Klimaprobleme verschärft hat. Besser wäre es gewesen, die Politik hätte sich auf die Förderung von zukunftssträchtigen Branchen und Arbeitsplätzen konzentriert.

Leider sind manche Staaten offenbar schon dabei, solche Fehler zu wiederholen. Die US-Regierung hatte laut The Guardian Anfang Juli bereits Darlehen im Wert von mindestens 3 Milliarden Dollar an 5600 fossile Firmen – wie Betreiber von Kohlekraftwerken und Ölförderer – vergeben. Präsident Donald Trump bedient Interessen ökologisch schädlicher Unternehmen und bestreitet die Erkenntnisse der Klimaforschung. Er tut so, als schade Umweltschutz dem Wirtschaftswachstum, hat aber kein Verständnis von Nachhaltigkeit. Seine Wissenschaftsfeindlichkeit und sein Besessenheit von kurzfristigen Wirtschaftsdaten



Chinas Regierung verspricht, den Übergang zu erneuerbarer Energie zu beschleunigen. Kohlebergbau in der Inneren Mongolei.

haben in seinem Land vielfach die vorzeitige Öffnung nach halbherzigen Covid-19-Lockdowns beflügelt, sodass die Infektionszahlen im Juli rasant gestiegen sind. Die verschärfte Pandemie dürfte wohl ökonomische Vorteile der Lockerung schnell zunichtemachen.

Die destruktive Haltung der US-Regierung wurde bei einer digitalisierten Weltkonferenz der IEA Anfang Juli abermals

deutlich. Gut war indessen, dass 40 Minister von Ländern mit hohem Energieverbrauch teilnahmen und ihr Interesse am Doppelthema Klimaschutz und Konjunkturpolitik zeigten.

Die EU beispielsweise hat kürzlich ein Aufschwungpaket im Wert von 1850 Milliarden Euro angekündigt, das grüne Branchen stärken soll. China und Indien haben ebenfalls wegweisende Versprechen gemacht.

Multilaterale Institutionen wie die IEA sollten nun Druck machen, dass solche Ankündigungen auch wahrgemacht werden. Anstatt den nötigen Wandel zügig umzusetzen, hinken EU, China und Indien bislang ihren eigenen Plänen leider tendenziell hinterher (das Beispiel Indien erläuterte Aditi Roy Ghatak im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/04).

Länder mit niedrigen Einkommen haben in der Regel nicht den Fiskalspielraum, selbst Konjunkturprogramme zu finanzieren. Die internationale Gemeinschaft sollte dort die dringend nötigen Klimamaßnahmen unterstützen.

Jedenfalls verdient die IEA Lob für ihre Agenda der sauberen Energie. Vor zehn Jahren hatte sie noch den Ruf, fossile Energie zu unterstützen und das Potenzial erneuerbarer Optionen geringzuschätzen. Der Sinneswandel ist willkommen. Druck großer institutioneller Anleger hat dazu beigetragen, denn Verantwortliche bei Pensionsfonds und Versicherungen wissen, dass auch die Wirtschaft Nachhaltigkeit braucht. Auch die US-Regierung sollte auf sie hören.



**KATIE CASHMAN**  
ist bei der chilenischen  
Umweltorganisation 2811 für  
Klimapolitik zuständig. Sie  
äußert hier ihre persönliche

Meinung.

[katie@2811.cl](mailto:katie@2811.cl)

23. JULI 2020

## Neuer Generationenvertrag nötig

Die Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie haben weite Teile des Pflege- und Betreuungssystems in Deutschland zum Erliegen gebracht und deutlich gezeigt, wie abhängig es von der privaten Care-Arbeit insgesamt und von Frauen aus dem Ausland ist. Es braucht eine Reform des Systems mit finanzieller und ideeller Anerkennung der Sorgearbeit.

Von Sascha Verlan und Almut Schnerring

Das Care-System in Deutschland ist darauf ausgelegt, dass die Aufgaben überwiegend von den betroffenen Familien übernommen werden, und fördert durch seine Gesetzgebung die traditionelle Rollenverteilung. Immer mehr Frauen können und wollen die Betreuung und Pflege ihrer Kinder und Angehörigen aber nicht mehr übernehmen, weil sie selbst berufstätig sind. Deshalb müssen Familien diese Aufgaben auslagern, entweder institutionell in Kitas, Schulen oder

Pflegeheime, aber auch privat an Haushalts-hilfen, Au-pairs oder 24-Stunden-Inhouse-Pflegekräfte. Zunehmend übernehmen dabei Frauen mit Migrationshintergrund diese Aufgaben. Grenzsicherungen während Corona-Lockdowns haben indessen gezeigt, dass weder die Versorgung durch Zugereiste wirklich sicher gewährleistet werden noch teilweise extreme Härten für diese Menschen selbst verhindert werden können.

Die Betreuungskonstrukte stoßen also an ihre Grenzen. Die Pflegepolitik hat sich bislang nicht am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet und sich nie konsequent für eine Höherqualifizierung und ein flächendeckendes Netzwerk professioneller Pflegeangebote eingesetzt. Dass diese Strategie langfristig nicht aufgeht, zeigt, dass der



Mexiko braucht sein Pflegepersonal selbst – Rot-Kreuz-Mitarbeiterin bei der Beerdigung eines an Covid-19 verstorbenen Kollegen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn persönlich den anhaltenden Fachkräftemangel in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu beheben versucht, indem er in Mexiko oder den Philippinen gut ausgebildete Pflegekräfte abwerben möchte.

Die Folge ist, dass wiederum Frauen, meist mit eigener Migrationsgeschichte, oft nur befristet im Land, mit unklarem Aufenthaltsstatus und unter (arbeits-)rechtlich zumindest fragwürdigen Bedingungen, das System hier am Laufen halten sollen und damit die Illusion einer Vereinbarkeit von Familie und Karriere. In beiden Fällen wird ein Wohlstands- und Lohngefälle ausgenutzt, Unternehmen und Staat versuchen, sich günstig freizukaufen von den eigenen Sorgeverpflichtungen, die Verantwortung wird an Subunternehmen und Frauen und Familien in anderen Ländern weitergereicht. Doch die leiden aufgrund des Verlusts ausgebildeter Fachkräfte unter den wirtschaftlichen und humanitären Folgen.

Care-Arbeit wird dort abgezogen wie andernorts Rohstoffe. Am Ende dieser sogenannten globalen Sorgketten sind es die Kinder, die pflegebedürftigen Angehörigen oder Menschen mit Behinderung überwiegend in den Ländern des globalen Südens, die nicht mehr versorgt werden (siehe Richa Arora in der Debatte des E+Z/D+C e-Papers 2020/06). Deshalb muss sich die Bundesre-

gierung auch in der Entwicklungszusammenarbeit für eine Vereinheitlichung der sozialen Absicherung von privater Care-Arbeit, sei es Kindererziehung, Betreuung oder Pflege, einsetzen. Sie ist gleichermaßen in der Alterssicherung anzuerkennen. Zielführend wäre die Einrichtung eines globalen Fonds für soziale Sicherheit, um (auch) in armen Ländern Renten, Kindergeld und Arbeitslosenunterstützung zu verbessern.

Die Care-Krise lässt sich weder lösen, indem man sie exportiert, noch, indem man sie als privates Problem ins Unsichtbare schiebt. Stattdessen braucht es einen neuen Generationenvertrag, der eine wirkliche Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit ermöglicht, und zwar für alle Geschlechter gleichermaßen, für Arm und Reich, zugezogen und alteingesessen. Und wir brauchen ein System der finanziellen und ideellen Anerkennung von Care-Arbeit, das Menschen für ihre Sorgearbeit wertschätzt und nicht abstraft.

Ein erster Schritt wäre es, sie überhaupt einmal in die Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts mit aufzunehmen. Denn dies ist der Maßstab für gesellschaftlichen Wohlstand, den wir ohne Care-Arbeit gar nicht hätten. Bisher ist aber an keiner Stelle transparent abgebildet, wer einseitig profitiert, und wer die Lasten ohne Ausgleich trägt,

welche Tätigkeit „systemrelevant“ ist, gerade auch in einer globalen Perspektive. Denn die ungleiche Verteilung der zeitlichen und mentalen Belastungen durch Care-Arbeit ist eines der größten Hemmnisse nicht nur für die individuelle, berufliche Entwicklung von jungen Frauen weltweit, sondern auch für die Entwicklung von Ländern des globalen Südens insgesamt. Solange der universelle Zugang zu gebührenfreier öffentlicher Bildung, Gesundheitsversorgung, der Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und häuslichen Energiesystemen nicht weltweit sichergestellt ist, wird jede zukünftige, mit der Covid-19-Pandemie vergleichbare Krise die bestehenden sozialen Ungleichheiten immer noch weiter verschärfen.

**LINK**

**Equal Care Manifest:**

<https://equalcareday.de/manifest/>



**SASCHA  
VERLAN und  
ALMUT  
SCHNERRING  
haben**

**gemeinsam das Buch „Equal Care. Über Fürsorge und Gesellschaft“ geschrieben (Berlin, 2020, Verbrecher Verlag) und den Aktionstag „Equal Care Day“ ins Leben gerufen. [kontakt@wu2k.de](mailto:kontakt@wu2k.de)**



Lazarus Chakwera unmittelbar nach der Vereidigungszere- monie.

10. JULI 2020

## Große Erwartungen

**Lazarus Chakwera ist neuer Präsident Malawis. Am 23. Juni wurde er gewählt, trat sein Amt am 28. Juni an und ernannte sofort die Minister für Finanzen, innere Sicherheit, Wirtschaftsplanung und Entwicklung sowie Justiz. Er steht vor großen Herausforderungen – nicht zuletzt, weil er mitten in einer Pandemie regieren muss.**

**Von Raphael Mweninguwe**

Das neue Staatsoberhaupt wurde unter sehr ungewöhnlichen Umständen gewählt. Die Präsidentschaftswahlen fanden nur statt, weil der Oberste Gerichtshof Malawis die im Mai 2019 abgehaltene Wahl annullierte (siehe meinen Kommentar im E+Z/D+C e-Paper 2020/03, Debatte). Im vergangenen Jahr hatte die Regierung von Amtsinhaber Peter Mutharika die Ergebnisse so offensichtlich manipuliert, dass man von „Tipp-Ex-Wahlen“ sprach. Im Frühjahr ordneten die Richter an, dass Neuwahlen abgehalten werden müssen. Oppositionsgruppen schlossen sich zur Unterstützung von Chakwera zusammen, der mit fast 58 Prozent der Stimmen gewann. Den Richtern ist es zu

verdanken, dass sich die Demokratie durchgesetzt hat.

Auf der anderen Seite dürften die Richter die durch die Pandemie verursachten Probleme noch verschlimmert haben. Die Regierung Mutharika hatte eine Ausgangssperre geplant, die jedoch nie in Kraft trat, weil das Verfassungsgericht sie Ende April blockierte (siehe meinen Beitrag im Covid-19-Tagebuch des E+Z/D+C e-Papers 2020/05). Kurze Zeit später bestätigte der Oberste Gerichtshof diese Entscheidung. Für viele Malawier spielte Covid-19 keine Rolle. Die Wahlkundgebungen zogen Massen von Menschen an, aber es gab keine Handwaschgelegenheit, keine Schutzmasken und keine soziale Distanzierung. Jetzt scheint sich die Krankheit schnell auszuweiten.

Bis zum 9. Juli wurden 1942 Infektionen gemeldet. Das waren 44 Prozent mehr als Ende Juni. Laut worldometer.com sind 25 Patienten gestorben. Gesundheitsexperten empfehlen, schnell Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Sonst könnte das Land in eine ernste Gesundheitskrise ge-

raten. Ärzten zufolge ist das Gesundheitssystem des Landes überlastet und unterfinanziert.

Viele Menschen sind der Meinung, dass die institutionelle Dysfunktion in Malawi besonders schlimm ist. Chakwera hat diese Probleme im Wahlkampf angesprochen: „Dieses Land muss in Ordnung gebracht werden. Es gibt viel Korruption, und es wird viel Geld gestohlen.“ Er versprach, Malawi nicht nur von „Jahren der Misswirtschaft“ zu erlösen, sondern auch „den Hunger zu beenden“.

Um die Armut zu bekämpfen, will er die Subventionen für Düngemittel zugunsten von Millionen kleinbäuerlicher Betriebe verdoppeln. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds steuert die afrikanische Wirtschaft jedoch auf die schlimmste Krise seit Jahrzehnten zu, die Volkswirtschaften werden schrumpfen. Die Probleme, die die neue Regierung in Angriff nehmen muss, werden sich wahrscheinlich als viel größer erweisen als im Wahlkampf angenommen.

Das neue Staatsoberhaupt ist ein ehemaliger Prediger. Die Menschen hoffen, dass er seine Versprechen hält.



**RAPHAEL MWENINGUWE** ist ein Journalist aus Malawi.

*raphael.mweninguwe@  
hotmail.com*

5. JULI 2020

# Die Luftqualität verbessern

**Kochen mit traditionellen Brennstoffen wie Holz und Kuhdung führt zu Luftverschmutzung, die Atemwegserkrankungen auslöst und anfälliger für Covid-19 macht. Arme Menschen sollten über die Risiken informiert werden, damit sie auf sauberere Brennstoffe umsteigen. Aufklärung hilft enorm, wie eine Studie aus Indien belegt.**

**Von Katharina Michaelowa und Martina Zahno**

Trotz vieler unbekannter Aspekte im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ist zumindest ein Faktor unbestreitbar: Eine Atemwegserkrankung macht anfälliger für das Virus, und diese Erkrankungen stehen wiederum eindeutig in Zusammenhang mit Luftverschmutzung. Letztere erhöht daher die mit dem Coronavirus verbundenen Risiken. Für die USA, Italien und Britannien konnten Forscher auch empirisch zeigen, dass Feinstaub-Exposition die Covid-19-Infektionsrate und Sterblichkeit der Menschen erhöht.

In den meisten Städten in Entwicklungsländern ist die Luft deutlich schlechter als in wohlhabenden Ländern. Luftverschmutzung in Innenräumen ist in diesen Ländern aber oft noch gefährlicher für die Gesundheit als Luftverschmutzung draußen. Laut Weltgesundheitsorganisation ist sie für viele Frauen das größte Gesundheitsrisiko. Traditionelles Kochen mit Biomasse – meist Brennholz oder Kuhdung – führt

häufig zu lebensbedrohlicher Luftverschmutzung in Innenräumen. Das Problem besteht vor allem auf dem Land.

Allein in Indien verursacht die durch Kochen verursachte Luftverschmutzung rund eine halbe Million Todesfälle pro Jahr. Aufklärung über die Gefahren könnte die Situation verbessern. 2016 startete die indische Regierung ein großes Programm, um die anfänglichen Investitionskosten für den Zugang zu Flüssiggas (Liquefied Petroleum Gas – LPG) als sauberen Brennstoff zu decken. Über 80 Millionen Haushalte schafften sich Gaskochherde an, aber viele nutzen weiterhin die bisherigen Brennstoffe in offenen Feuern und qualmenden Öfen. Gründe dafür sind neben der Unkenntnis der Gesundheitsrisiken vor allem teure Nachfüllungen der LPG-Zylinder (umgerechnet etwa 6,50 Dollar für die sechswöchige Versorgung einer fünfköpfigen Familie) und Versorgungsengpässe von LPG. Zudem haben Menschen manchmal Angst vor Gas oder sagen, das Essen schmecke anders.

Aufklärung über Gesundheitsrisiken führt zu Verhaltensänderungen, auch bei Menschen auf dem Land. Wie unsere experimentelle Studie im indischen Bundesstaat Rajasthan zeigt, nutzen viele Haushalte, die entsprechende Informationen erhalten, danach häufiger LPG. In den Untersuchungswochen verdoppelten rund 30 Prozent der Haushalte nach einer Sensibilisierung ihren LPG-Verbrauch.

Dieser starke Effekt war nicht überraschend. In der Kontrollgruppe, die keine Informationen erhielt, waren sich nur 13 Prozent der Personen der Gesundheitsrisiken bewusst. Die meisten wussten zwar, dass der Rauch aus traditionellen Kochherden vorübergehend Rachen und Augen reizt, kannten aber die langfristigen Folgen nicht.

Scheinbar wurde der Einfluss auf die Gesundheit beim LPG-Programm nicht klar genug kommuniziert. Die Marketingkampagne nannte LPG einen „sauberen Brennstoff“, was aber auch als Abhilfe für geschwärzte Küchenwände missverstanden werden könnte. Sie nannte nicht direkt die reine Luft als Anreiz, sondern warb damit, etwas zu kaufen, was später nicht mehr so günstig zu bekommen sein würde.

Dieser Fehler sollte korrigiert werden. Die indische Regierung hat beschlossen, kostenlose LPG-Flaschen in ihr Corona-Unterstützungsprogramm für Arme aufzunehmen. Dies ist eine gute Gelegenheit, den Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung, Atemwegserkrankungen und Covid-19 zu thematisieren.

Nur wenn Menschen die Risiken traditioneller Brennstoffe kennen, können sie innerhalb ihres begrenzten Budgets bewusste Entscheidungen treffen. Dieses Wissen kann ihnen auch in Zukunft helfen, wenn die Covid-19-Krise vorbei ist.

**LINK**

**Zahno, M., Michaelowa, K., Dasgupta, P., und Sachdeva, I., 2020: Health awareness and the transition towards clean cooking fuels: Evidence from Rajasthan (PLoS ONE 15(4): e0231931):**  
<https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0231931>



**KATHARINA MICHAELOWA** ist Professorin für Politische Ökonomie und Entwicklungspolitik an der Universität Zürich und am Centre for Comparative and International Studies.



**MARTINA ZAHNO** ist Doktorandin in Politischer Ökonomie und Entwicklungspolitik an der Universität Zürich.

[martina.zahno@pw.uzh.ch](mailto:martina.zahno@pw.uzh.ch)



**Giftiger Rauch von offenem Feuer macht Kochen zu einem Gesundheitsrisiko für Frauen auf dem Land – nicht nur im indischen Bundesstaat Rajasthan.**



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



## D+C

Folgen

**Editorial office D+C**  
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.  
Imprint: [ow.ly/NlIV30kdnUm](http://ow.ly/NlIV30kdnUm)

Frankfurt, Germany [dandc.eu](http://dandc.eu) Seit Januar 2010 bei Twitter

2.138 Folge ich 10.794 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

**D+C** Editorial office D+C @forumdc · 4 Min.  
Tragic tale of a young Nigerian's life wrecked by an ill-fated love affair  
[ow.ly/7GUC50AGVOx](http://ow.ly/7GUC50AGVOx)  
#ChigozieObioma #AnOrchestraOfMinorities #Nigeria #literature #love



**D+C** Editorial office D+C @forumdc · 1 Std.  
Anyone with a serious interest in our content can currently sign up for a free

### Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten

Registrieren



### Was dir gefallen könnte

-  **Ryan Thomas**  
@My3\_Ideas Folgen
-  **Andreas K. Maier**  
@maier\_ak Folgen
-  **Nuti Paolo**  
@Nuti\_Paolo Folgen

Mehr anzeigen

### Trends für dich

- Trend in Deutschland  
**LGBT**  
115.000 Tweets
- Trend in Deutschland  
**Alaba**  
2.417 Tweets
- Trend in Deutschland  
**#Kinderneid**

